

Biblioteka  
U. M. K.  
Toruń

010335 / 1846  
II

Das

463.

# Westphälische Dampfboot.

Eine Monatschrift.

Redigirt

J. d.

von

**Dr. Otto Lüning.**

Zweiter Jahrgang.

April.

Preis pro Jahr 2 Thlr. 15 Sgr.

*Eringer Leseländer.*

**Bielefeld, 1846.**

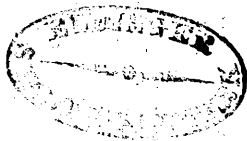
Helmich's Verlag. — Druck von J. D. Küster, Wittwe.

Aufgeschnittene Exemplare werden unter keiner Bedingung zurückgenommen.



010335





U. 2

## Blicke in die Gegenwart.

### I.

Das Prinzip, welches als der nothwendige Ausfluß der von der ersten französischen Revolution erstrittenen staatsbürgerlichen Freiheit alle Verhältnisse unseres öffentlichen und privaten Lebens durchbringt, ist das der freien Konkurrenz. Namentlich ruht unser ganzer Handel auf dieser Grundlage. Als die Privilegien des Adels und des Klerus fielen, mußten natürlich auch die Privilegien der anderen Korporationen zusammenbrechen. An die Stelle der Zünfte, durch welche sich die einzelnen Gewerke und Handelszweige sowohl gegen den zu großen Andrang ihrer eigenen Gewerks-genossen, als gegen die Eingriffe anderer Zünfte sicherten, trat die Gewerbefreiheit. „Nachdem wir, sagte man, die staatsbürgerlichen Rechte des Menschen anerkannt, nachdem wir ihn in staatlicher Beziehung auf eigene Füße gestellt haben, würde es ein schweres Unrecht sein, wenn wir ihn in seiner geschäftlichen Thätigkeit bevormunden, wenn wir ihm nicht in den Mittel und Wegen zum Erwerbe durchaus freien Spielraum lassen wollten. Freiheit ruft Thatkraft hervor, wir schützen Niemanden, aber wir öffnen die Bahn für Alle und da mag Jeder sehen, wie er je nach seinen Kräften und Fähigkeiten im Kampfe besteht. Wir lassen eben Jeden gehen und stehen, wie er kann und will, so lange er nicht gegen die Geseze handelt.“ Dieses „Gehelassen“ ist noch heute der Anfang und das Ende der Weisheit der Freihandelsmänner und die Schutzöllner treten ebenfalls keineswegs dem Prinzipie, sondern nur der Ausdehnung des Sages auf das „Ausland“ entgegen. Im Innern des Landes huldigen auch sie durchaus dem Prinzipie der freien, zügellosen Konkurrenz. An der Richtigkeit des Prinzipis selbst haben sie nie gezeweifelt. —

Will man über den Werth oder Unwerth, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit eines Prinzipis urtheilen, so genügt es nicht, seinen Einfluß auf die verschiedenen Verhältnisse und Gestaltungen unseres Lebens nur oberflächlich und einseitig zu betrachten, sondern man muß die Wirksamkeit des Prinzipis nach allen Seiten hin auffassen, man muß namentlich die Augen nicht vor den Konsequenzen verschließen, welche nothwendig aus dem angenommenen Prinzipie hervorgehen. Diese Konsequenzen liegen aber nie so auf der Oberfläche, daß man sie ohne weiteres Eindringen in die Sache mit Händen greifen könnte. Dem logischen Denker, der das Nothwendige vom Zufälligen zu unterscheiden weiß, der sich nicht durch den Schein über das Wesen täuschen läßt, werden sie zwar nicht entgehen. Er wird stets, wenn er das Prinzip angreift, die nothwendigen Folgen, welche eine Konsequente Durchführung desselben hervorrufft, als seine schlagendsten Gründe aufführen. Aber es wird stets Schwierigkeiten darbieten, den gewöhnlichen

schlichten Verstand, den oberflächlichen Beobachter für eine solche tiefere Anschauungsweise zu gewinnen, weil eben die weiteren Konsequenzen des Prinzips in gewöhnlichen Zeitläuften nicht hervortreten, weil nicht Jeder die logische Nothwendigkeit, mit welcher ein jedes Prinzip sich selbst stets bis zur äußersten Konsequenz forttreibt, zu erfassen vermag. Zudem tritt dann der gewiegte Praktiker, dem jede Änderung fatal ist, mit seiner selbstgefälligen Beschränktheit, mit seiner kurzstichtigen und engherzigen Verachtung der Theorie breitbeinig dem konsequenten Denker in den Weg, klopft ihm herablassend auf die Schulter und sagt: „Sehen Sie, Verehrtester, Sie meinen es zwar recht gut und haben auch eigentlich ganz recht; aber, was Sie wollen, ist leider praktisch unausführbar, weil wir unvollkommene sterbliche Menschen sind. Ihre Ansichten sind unpraktische Schwärmereien, phantastische Ausgeburten der Theorie. Zudem, da ich und mancher andere auch sich bei der Konkurrenz ganz gut steht, so könnten ihre Schlussfolgerungen wohl subversiv und destruktiv sein, und man muß sich eigentlich vor Ihnen in Acht nehmen und die Welt vor Ihnen warnen. Sie kennen das Leben nicht, mein Werther; die Praxis zeigt, daß Ihre Befürchtungen unbegründet sind.“ Nun zeigt ihr dem praktischen Manne, daß eure Befürchtungen vollständig begründet, durch die Erfahrung und durch die Vernunft gerechtfertigt und bewiesen sind. Ihr führt ihm England vor, wo die Konkurrenz mit ihren Konsequenzen am deutlichsten hervortritt; ihr zeigt ihm das namenlose Elend, in welches die arbeitenden Klassen, die Masse der Bevölkerung sowohl in den Ackerbau- als Fabrik-Distrikten unter der Herrschaft der Konkurrenz versunken sind; ihr verweist auch auf die zahllosen Fallissements, auf die Schaaren Arbeitsloser, welche jede Handelskrisis nach sich zieht; ihr beweist ihm, daß überall in Deutschland das Proletariat täglich massenhafter anschwillt. Alles umsonst. Der praktische Mann sagt: „Das ist zwar wahr, das läßt sich aber nicht ändern. Das liegt nicht an der Konkurrenz, sondern an der Konjunktur.“ Damit hat er nun, freilich ohne sein Wissen und Willen, Alles zugegeben, was ihr verlangt; denn die Konjunktur, diese furchtbare Schwankung der Geschäfte, durch welche Millionen hungern und verkümmern, ist ja Nichts, als das nothwendige Produkt der Konkurrenz und sie kehrt nothwendig immer in bestimmten Zwischenräumen wieder, bis an die Stelle der Konkurrenz, der feindlichen Vereinzelung der Menschen, der Herrschaft des Kapitals das gemeinschaftliche Leben und Schaffen tritt, bis die Produktion nach den Bedürfnissen geregelt wird und nicht mehr, wie jetzt, ein Werk des blinden Zufalls, ein Ausfluß der unersättlichen Gier nach Verdienst, ein Hazardspiel des Privatwerbes ist. Ihr geht aber noch weiter. Ihr werft dem praktischen Manne die herzlose Grausamkeit vor, mit welcher ein Konkurrent den andern, seinen Bruder, zu Boden schlägt und unter gegenwärtigen Verhältnissen zu Boden schlagen muß, wenn er bestehen und als „tüchtiger Geschäftsmann“ gepriesen sein will. Ihr beklagt bitter die Schliche und Kniffe, welche man anwenden muß, um seinen Konkurrenten zu überflügeln, welche man aber mit dem wohlklingenderen Namen einer „kaufmännischen Spekulation“ beehrt. „Ach, gehn Sie, sagt der praktische Mann; Sie möchten uns am Ende gar einreden, daß der ganze Handel und Wandel eine bedenkliche Familienähnlichkeit mit Betrugerei und Wucherei habe. Wir aber, wir wissen, daß wir ehrliebe Leute sind und Nichts thun, was die Gesetze nicht

erlauben. Betrüger und Wucherer gibt es wohl; aber das sind Ausartungen, nicht Konsequenzen des Prinzips, welche dem Geseze verfallen.“ Nun seht, wir wissen, daß ihr die Geseze nicht überschreitet. Weil aber unter dem Schutze des Prinzips der Konkurrenz und der daraus hervorgehenden Geseze alle die Dinge möglich sind, die wir sehen und beklagen, deshalb muß man hier ändern und bessern, deshalb klagen wir die Konkurrenz an und nicht euch Einzelne, die ihr euch ihrer Herrschaft nicht entziehen könnt. Es gehören aber außerordentliche Zeitläufte dazu, um die Konsequenzen der Konkurrenz in ein helles Licht zu stellen, um jedem, auch dem schlechtesten Verstande klar zu machen, daß unter ihrer Herrschaft der ganze menschliche Verkehr eine wucherische Ausbeutung des Einen durch den Andern, eine Vergötterung des Hasses und des erbitterten Kampfes statt der Liebe und des friedlichen Lebens in Gemeinschaft ist und sein und bleiben wird und muß. —

Zu keiner Zeit treten die Konsequenzen der Vereinzelnung der Menschen, deren klassischer Ausdruck die Konkurrenz ist, deutlicher hervor, als bei Mißernten. Die Vertheuerung der Lebensmittel, der zur Existenz der Menschen unumgänglich nothwendigen Dinge lastet natürlich drückender auf jedem Einzelnen, als die Vertheuerung eines jeden anderen, leichter entbehrlichen Artikels. Deshalb ist man auch mit dem Vorwurf der Wucherei gegen die Getraidehändler, gegen die Bauern, die ihr Korn zurückhalten, bis es den höchsten Preis erlangt hat, in solchen Zeiten der Noth immer sehr freigebig. Dann trägt man einen tugendhaften Ingrim gegen die Frevelthäter zur Schau, welche dem armen Volke das Brod vertheuern; man nennt sie Blutsauger, Menschenschinder und ruft den Zorn des Himmels auf ihre schuldbeladenen Häubter herab; man fordert den Staat auf, seine mächtigen Hülfquellen zu eröffnen und durch seine Konkurrenz die Privaten zu erdrücken und dadurch billigere Preise zu erzwingen; man erbittert das Volk gegen die Getraidehändler, als ob sie allein die Ursachen der Noth wären. Wenn wir von unserem Standpunkte aus eine solche Sprache führen, so sind wir in unserem Rechte; denn wir greifen nicht diese vereinzelte Erscheinung der Konkurrenz an, sondern wir legen die Art an die Wurzel des giftigen Baumes, wir bekämpfen des Prinzip der Konkurrenz, der Vereinzelnung in allen seinen Erscheinungen, in allen seinen Bedingungen; wir machen aber nicht eine einzelne Klasse, welche, wie alle anderen auch, die Konkurrenz zu ihrem Privatvorteile benutzt, für die Folgen des falschen Prinzips verantwortlich. Von jedem anderen Standpunkte aus, von Seiten der Vertheidiger der Konkurrenz ist diese tugendhafte Entrüstung gegen die Kornhändler eine große Beschränkung oder noch häufiger eine widerwärtige Heuchelei, ein Schein von Tugend, hinter dem sich der edelhafteste Eigennuz verbirgt. Die Vertheidiger der Konkurrenz, welche sie selbst auf's Beste auszubeuten wissen, verlangen plötzlich, eine bestimmte Klasse von Menschen, nämlich die, welche mit Korn handeln oder es produziren, sollen den Vortheilen der Konkurrenz entsagen, welche die andern täglich ohne Gewissenbisse benuzen. Warum? Zum Besten des hungernden Volkes! Wohl, wir sind ganz damit einverstanden; wir wissen, daß der Mensch in der Vereinzelnung seine Bestimmung, sein Glück und seine Freiheit nicht erreichen kann; deshalb möchten wir die Vereinzelnung der Menschen überall durch die Vergesellschaftung ersetzen. Ihr aber, die ihr diese Vergesellschaftung nicht

wollt, ihr habt kein Recht zu diesen Vorwürfen. Ihr scheltet den Kornhandel Wucher, weil euch grade hier die Konsequenzen der Vereinzlung, die ihr Ausartungen nennt, lästig fallen. Ihr fürchtet, daß das hungernde Volk den Weg des Gesetzes verlassen und in Verzweiflung gegen die bestehende Ordnung sich auslehnen möchte; ihr fürchtet, daß dem Volke dadurch die Augen über ein Prinzip geöffnet werden möchten, dessen Folgen grade so schwer auf ihm lasten, welches ihr aber trotz dem aufrecht halten wollt. Ihr seid bange, daß sich euer Beitrag zur Armensteuer bei hohen Preisen erhöht und möchtet diese Last einem Andern aufbürden; ihr wollt gemeinnützig und mildthätig erscheinen auf Kosten Anderer. Ihr wißt, daß ihr bei hohen Preisen der Lebensmittel höheren Arbeitslohn zahlen müßt und deklamirt gegen den Kornhändler, der die Konjunktur benutzt, damit ihr selbst eure Geschäftsgenossen durch billigere Preise leichter und sicher überflügeln könnt. Der Kornhändler, der Bauer thut Nichts Anderes, als was ihr selbst alle Tage thut; ihr wißt das und doch denungirt ihr ihn mit Erbitterung der öffentlichen Meinung, ohne zu sagen, daß er nur, wie ihr auch, die Konjunktur zu seinem Privaterwerbe benutzt. Das ist Heuchelei. —

Wir wollen das noch etwas näher ausführen. Sobald die Lebensmittel theuer werden, hört man aller Orten Klagen und Vorschläge, diese durch natürliche oder unnatürliche Verhältnisse herbeigeführten Preise zu vermindern. „Der Bauer, heißt es dann, hält seine Produkte zurück und dadurch entstehen die hohen Preise.“ Das ist möglich; aber warum soll der Bauer seine Produkte nicht so lange zurückhalten, bis er den höchsten Preis dafür bekommt, wie ihr das alle Tage thut? Wenn nach einem von euren Fabrikaten bedeutende Nachfrage ist, so erhöht ihr den Preis und findet das in der Ordnung; wenn aber der Bauer die Nachfrage benutzt, um sein Korn theurer zu verkaufen, so schreit ihr Beter und wißt keine Worte für eure Entrüstung zu finden. Und doch hat der Bauer in der Regel einen viel kleineren Gewinn, wie ihr, und ist dem Mißwachs ausgesetzt, wie ihr den Krisen. Wenn er nun aber einmal durch ein gutes Jahr ein gutes Geschäft machen kann, so verlangt ihr von ihm, er solle darauf verzichten, weil seine Preise die Armen drückten. Einmal ist nun, wenn die Preise hoch sind, die Ernte in der Regel wenig ergiebig gewesen und dadurch wird der Vortheil, welchen die hohen Preise dem Bauer bringen, schon bedeutend modificirt. Dann aber, der Bauer bezahlt seine Armensteuer, so gut wie ihr; wie kommt ihr dazu, von ihm zu verlangen, er solle auf den von der günstigen Konjunktur ihm gebotenen Privaterwerb zu Gunsten der Armen verzichten? Ist es euch wohl jemals eingefallen, die Preise eurer Fabrikate nach dem Bedürfniß der Armen festzusetzen? Wenn euch das Jemand vorschläge, so würdet ihr ihn der Polizei oder dem Narrenhaus überantworten. Der Bauer hat also so Unrecht nicht, wenn er denkt: „Hier auf dem Lande wird die Noth nicht so groß, wie in der Stadt, und wir wollen sie möglichst lindern. Wenn aber die Armen in der Stadt nicht existiren können, ei, so mögen die reichen Herren ihre Säcke aufstun; denn sie sind verpflichtet, ihre Armen zu unterhalten, ich aber nicht. Wenn ihnen dieser Unterhalt auch einmal theurer zu stehen kommt, so kann mich das nicht veranlassen, auf meinen Privatvortheil zu verzichten; denn wenn ich eine schlechte Ernte oder niedrige Preise habe, so muß ich ebenfalls die Folgen allein tragen. Zudem genirt die Herren aus der Stadt die Mehrausgabe viel weniger, als

mich der Ausfall meines Verdienstes geniren würde.“ Was wollt ihr diesem vernünftigen praktischen Manne antworten? Hat er nicht von euerem Standpunkte aus durchaus Recht?

Man scheint die Produktion der Lebensmittel und ihren Vertrieb als ein von aller anderen Fabrikation, von allem anderen Handel wesentlich unterschiedenes Gewerbe zu halten, obgleich die ganze Verschiedenheit doch nur in der Unentbehrlichkeit des Produkts besteht. Deshalb setzt man Himmel und Erde in Bewegung, wenn der Kornspekulant — grade so handelt, wie alle anderen Spekulanten auch. Er kauft zu möglichst billigen Preisen ein; das laßt ihr hingehen. Nun läßt er aber seine Waare liegen und wartet auf Steigerung der Preise und diese tritt auch ein, weil eben ein großer Vorrath von Lebensmitteln dem Verkehr entzogen ist und weil dadurch leicht der Glaube an absoluten Mangel entsteht, den der Spekulant vielleicht noch befördert. Nun erwacht euer Zorn, nun schreit und schimpft ihr über die Wucherer. Aber ich bitte euch, ihr Leute, seid doch billig. Thut ihr nicht dasselbe? Fällt es euch wohl ein, eine Waare loszuschlagen, wenn sie augenblicklich sehr niedrig im Preise steht und ihr Aussicht zur Erhöhung desselben habt? Wenn ihr es irgend aushalten könnt, so laßt ihr die Waare bis dahin liegen, und wenn ihr auf irgend eine Weise die Nachfrage nach eurer Waare steigern könnt, so wird euch das sehr willkommen sein. Von den Mitteln, wie man Aktien und Staatspapiere herauf oder herunter treibt, wollen wir hier gar nicht einmal reden. „Ja, sagt ihr, das ist wohl wahr, aber unsere Spekulation lastet nicht so drückend auf dem Volke, wie jene; es ist unmoralisch, auf den Hunger seiner Nebenmenschen zu spekuliren.“ Spekulation ist Spekulation; wollt ihr sie überhaupt, so dürft ihr den Spekulanten nicht dafür verantwortlich machen, daß seine Spekulation drückender ist, als die eines andern. Das kümmert ihn nicht und noch weniger wird das Prinzip dadurch geändert. Und dann, ihr moralischen Herren, laßt ihr euch etwa durch den Hunger eurer Nebenmenschen in euren Spekulationen beengen und beirren? Sind euere Arbeiter in einer so beneidenswerthen Lage? Bestinnt ihr euch wohl einen Augenblick, sie brodlos zu machen, wenn sie sich eine Herabsetzung des Lohnes, die euer Interesse gebietet, nicht wollen gefallen lassen? Hat euch der trostlose Anblick einer Schaar arbeitsloser Menschen wohl je abgehalten, ja kann und darf er euch abhalten unter gegenwärtigen Verhältnissen, eure Fabriken still stehen oder halbe Zeit arbeiten zu lassen, wenn ihr mit Schaden oder auch nur ohne Vortheil arbeiten sollt? Wenn ihr aber das Alles, alles dieses grausame Elend, was die Konkurrenz in allen Zweigen menschlicher Thätigkeit über die Menschen gebracht hat, für gerechtfertigt oder für unabänderlich haltet, wer gibt euch das Recht, über den Kornspekulanten den Stab zu brechen, der nur wie ihr selbst die Konjunktur benützt? —

Es ist lächerlich und ungerecht, von diesem Standpunkte aus die Kornspekulation dem Publikum zu denunziren; wenn man die Spekulation, welche die Konkurrenz gebiert, überhaupt für gerecht und billig hält, so muß man auch die Kornspekulation, wie drückend sie auch sei, mit in den Kauf nehmen, so lange sie sich innerhalb der Schranken des Gesetzes hält. Wir von unserem Standpunkte aus, wir finden allerdings den ganzen gegenwärtigen Verkehr der Menschen unstilllich. Wir finden, daß diese zügellose Konkurrenz, diese maaslose Gier noch Privaterwerb, welche die Gegenwart beherr-

sehen, der Gesellschaft die tiefsten Wunden geschlagen haben, daß aus ihnen die wucherische Ausbeutung des Einen durch den Andern, die Vernichtung des Menschen durch den Menschen hervorgeht. Wir beklagen die Leiden tief, welche dadurch der Menschheit erwachsen sind, und strengen alle unsere Kräfte an, ihnen zu wehren und das Ubel zu heilen. Die Grundursache sehen wir aber in der Vereinzelung der Menschen; deshalb greifen wir das Prinzip der Vereinzelung an und nicht eine einzelne Erscheinung derselben. Denn wir wollen radikal heilen und nicht kindisch lappen und flicken. Wir wollen statt der feindseligen Vereinzelung eine friedliche, freie Bergesellschaftung, statt der Zersplitterung der Interessen eine Vereinigung derselben, statt der Selbstsucht die Liebe, statt der sklavischen Lohnarbeit die freie menschliche Thätigkeit. Das sind die Radikalmittel zur Heilung des Krebschadens, der an der gegenwärtigen Gesellschaft frisst. Dafür strebe Jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten; dadurch werden wir mehr erreichen, als durch hohle oder heuchlerische Deklamationen gegen ein einzelnes Symptom des Übels. —

L.

### Prinz Louis Napoleon über Ackerbankkolonien.

Für die Leser des Volksbuchs wird es nicht uninteressant sein, zu vernehmen, daß dasselbe Thema, welches im ersten Jahrgang des Volksbuches von Herrn Kammerrath Röttken mit viel praktischer Einsicht behandelt worden ist, fast zu derselben Zeit (1844) auch in Frankreich einen geistreichen Bearbeiter gefunden hat, und zwar in der Person eines Kronprätendenten, nicht etwa von Knyphausen, sondern des Kronprätendenten des großen, mächtigen Frankreichs, des Prinzen Louis Napoleon. Es ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit, wie alle edleren Geister, alle strebenden Naturen allmählig zu den Ideen sich hingezogen fühlen, welche in der Gegenwart so gewaltig durch einander gähren; — und diese Belehrungen beschränken sich gar nicht auf die s. g. Liberalen, nein! alle Parteien liefern ihre Contingente dazu, aus allen Parteien finden sich Männer, die den Muth haben, ihre bisherigen Irrthümer einzugestehen, und sich um das Banner des Socialismus zu schaaren. So Lamennais von der Priesterpartei, Lamartine vom Juste-Milieu, G. Cavaignac (der leider zu früh Verstorbene!) von den Republikanern, — und jetzt auch noch ein Imperialist, der Prinz Louis Napoleon, der seine unfreiwillige Muße im Schlosse Ham dazu benützt hat, gründliche Studien über Nationalökonomie und Socialismus zu machen.

Sein Werkchen hat den Titel: **Extinction du paupérisme**, Ausrottung der Armuth; der Verfasser kennt alle unsere socialen Übelstände, er hat gründlich darüber nachgedacht, und bezeichnet namentlich mit Klarheit und Schärfe als solche: die ausgebehnte Parzellirung des Grund und Bodens, die ungerichtete Concurrenz in der Industrie, die Handelsstöckungen, den Mangel genügender Abzugskanäle für den Verkehr nach innen und außen; das schlechte Steuersystem. Diese fehlerhaften Einrichtungen erzeugen gewiß vielerlei Übelstände, aber keine von allen erheischt eine so drin-



gende Abhülfe als der Pauperismus, weshalb sich auch der Verf. vorzugsweise mit demselben beschäftigt; er sagt: „es ist dringend nöthig, die Verwundeten zu heilen und neuen Wunden vorzubeugen; denn die Gesellschaft ist keine Fiktion, sie ist ein Körper von Fleisch und Bein, und kann nur gedeihen, wenn alle ihre Theile einer vollkommenen Gesundheit genießen.“

Das Heilmittel, welches der Prinz dagegen vorschlägt, ist die Errichtung von Ackerbaukolonien nach einem großen Maassstabe; welche zugleich im Stande wären, einerseits der Privatindustrie die nöthigen Arme zu liefern, und andererseits die Kräfte und Arme in sich aufzunehmen, welche die Industrie nicht beschäftigen könnte. Zur Errichtung dieser Ackerbaukolonien sind drei Bedingungen wesentlich:

1) Das nöthige Territorium. Der Verf. macht den Vorschlag, dasselbe von den 9,190,000 Hektaren unangebauten Grund und Bodens zu nehmen, die nach officiellen statistischen Angaben in Frankreich existiren, in der Art, daß in jedem Departement eine Kolonie gegründet würde. Den Eigenthümern würde man die unbedeutende jährliche Rente auszahlen, welche sie gegenwärtig daraus ziehen. „Durch Vereinigung der brachliegenden Arme mit den brachliegenden Äckern werden diese beiden unproduktiven Capitale sich gegenseitig beleben: man wird zu gleicher Zeit das Elend lindern und das Land bereichern.“

2) Das erste Capital. Der Staat soll die Summe von ungefähr 300 Millionen Franken vorschleusen, zahlbar innerhalb vier Jahre, nach deren Verfluß die Kolonien sich selbst erhalten könnten. Nach Ablauf von 10 Jahren endlich könnte die Regierung eine Grundsteuer erheben, die sich höher beliefe als die Zinsen des Anlagecapitals, so daß, auch abgesehen von der natürlichen Vermehrung der indirekten Steuern mit der steigenden Consumtion, der Staat mit seiner Anleihe von 300 Millionen kein Opfer gebracht, sondern ein „brillantes Geschäft“ gemacht hätte. Prinz Louis fügt dann hinzu: „sollte der Staat, wenn er die Größe des Zweckes bedenkt, sich wohl weigern, diese Summe vorzustrecken, er, der jährlich 46 Millionen für die Polizei und Criminaljustiz ausgiebt, um Verbrechen gegen das Eigenthum zu verhindern oder zu bestrafen, der 300 Millionen jährlich opfert, um seine Armeen zu unterhalten, der auch 120 Millionen für Erbauung neuer Gefängnisse verausgaben will? Sollte er zaudern, binnen 4 Jahren 300 Millionen zu zahlen, um den Pauperismus zu zerstören, um die Gemeinden von der drückenden Last zu befreien, welche ihnen das Elend auferlegt, um den Nationalreichthum an Grund und Boden endlich um mehr als eine Milliarde zu vermehren?“

3) Die Organisation. Die arbeitende Klasse soll sich zu einer hierarchisch geordneten Corporation constituiren, so jedoch, daß sie ihre Vorsteher verschiedenen Grades selbst erwählt; diese Vorsteher wären dann nach innen die Arbeitsdirektoren, nach außen, gegenüber der Regierung und der Privatindustrie, die Verwalter und Unterhändler ihrer Committenten. Diese Vertreter werden das Vertrauen der Kolonisten genießen, weil sie von ihnen ernannt sind, und ebenso das Vertrauen der Regierung, weil sie in der Gesellschaft eine bedeutende Stellung bekleiden; so daß nach beiden Seiten hin keine Inconvenienzen stattfinden. —

Das wären ungefähr die leitenden Ideen des Verfassers. In's Detail können wir ihm nicht folgen; es genüge die Bemerkung, daß Alles auf's

Sorgfältigste bis in's kleinste Detail berechnet und ausgeführt ist. Nach diesen Berechnungen würden die Kolonien nach Ablauf von 5 Jahren 206,400 Familien und 103,166 unverheirathete Arbeiter enthalten, so daß sie wenigstens durch Absorption der zahlreichsten Elemente des Pauperismus ihren Hauptzweck erreicht hätten. Daneben würden sie noch wohlthätig einwirken: auf den Ackerbau, indem sie mittelst der Association das große Grundeigenthum wiederherstellten, und so den Übelständen der zu weit getriebenen Parzellirung entgegenwirkten; — auf die Industrie, indem die Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit wie gegen willkürliche Ausbeutung gesichert wären; — auf den Handel, durch Vermehrung der Produktion und Consumption; — auf das Staatseinkommen, durch eine Grundsteuer von fast 37 Millionen, ohne die indirekten Abgaben zu rechnen. —

Man sieht, der Verfasser will keine totale Umgestaltung der Gesellschaft; so viel als thunlich schließt er sich an die gegebenen Verhältnisse an, und beschränkt sich darauf, innerhalb derselben Vorschläge zu socialen Reformen zu machen, Vorschläge, die zwar auf einer breiten, großartigen Basis beruhen, und gewiß gutgemeinte sind, die aber dennoch ihren Zweck verfehlen, weil sie nur eine palliative Hülfe schaffen können. Die Grundwurzel unsrer socialen Übelstände, die Vereinzelnung, die freie Concurrenz, die Herrschaft des Capitals, wird durch seine Vorschläge nicht berührt. Hat also auch der Prinz Louis Napoleon in dieser Beziehung sein Thema nicht erschöpft, so würden wir doch auf der andern Seite mit Freuden eine so großartige Maaßregel ins Leben treten sehen; denn wir gehören nicht zu den Pessimisten, die Alles von der möglichsten Verschlimmerung unserer Zustände hoffen; wir nehmen im Gegentheil gern jede Conzession als Abschlagszahlung, wenn dadurch nur das Elend der Menschheit gemildert wird. Dem Verfasser aber, dessen halbige Freilassung die ministeriellen Journale verkünden (Ende Jan. 46), wünschen wir von Herzen, daß er auf der mit Glück betretenen Bahn weiter fortschreiten, daß er die Sache des Volkes zu der seinigen machen, und daß er endlich seinen eiteln Traum von Krone und Scepter aufgegeben haben möge. Den Kämpfern für die heilige Sache der Menschheit erblühen im Herzen des Volkes schönere Kränze, als Throne darzubieten vermögen. —

**Dr. Aug. Lünig.**

## **Über die Souverainität des Volkes;**

von Treichler, Redakteur des Allg. Noth- und Hülfesblattes.

Meine Herren!

In meinem letzten Vortrage habe ich dargethan, daß es in der Schweiz wirklich ein Proletariat gibt. Diesmal habe ich die Stellung des Proletariats zur Volkssouverainität ins Auge zu fassen; ich werde zu zeigen versuchen, daß das Proletariat und die Souverainität unvereinbare Dinge sind; daß keine der jetzigen Parteien in That und Wahrheit an die Volkssouverainität glaubt; ich werde ferner darthun, daß eben diese wider-natürliche Kupplung von Volkssouverainität und Proletariat die größte Immoralität erzeugt; endlich bleibt mir zu zeigen, daß auch unser republika-

nischer Staat in Verwesung übergehen muß, wenn das Proletariat nicht aufgehoben wird. —

Meine Herren! Der Proletarier kann nicht souverain sein; es ist dieß eine totale Unmöglichkeit, so wie es unmöglich ist, daß einer der an Händen und Füßen angekettert im Kerker sitzt, zu gleicher Zeit frei herumwandelt. — Doch fragen wir uns vor Allem, was heißt das souverain? — Und hierauf antworte ich: Souverain, das heißt mündig, unabhängig, selbstherrlich. Ein souveraines Volk braucht sich also von Niemandem die Gesetze geben zu lassen, es ist sein eigener Gesetzgeber, sein eigener Herr! — In allen Staaten, in denen das Volk als souverain erklärt ist, ist auch der Grundsatz angenommen, daß das Volk über die Staatsverfassung abzustimmen habe. Was enthält nun eine Staatsverfassung? Nichts anders als den Inbegriff von Grundsätzen, nach welchen das Staatsleben regulirt werden soll. Um diese richtigen Grundsätze auszuforschen, haben sich schon die weisesten und gelehrtesten Männer aller Zeiten den Kopf zerbrochen, haben ganze Bibliotheken geschrieben. Gerade jetzt ist die Wissenschaft über diesen Punkt in vollster Gährung begriffen, eine Masse von Systemen tauchen auf und machen jedes Anspruch auf Geltung. Wer nun über die Güte einer Verfassung ein Urtheil abgeben will, der muß mehr oder weniger klare Begriffe über die Bestimmung des menschlichen Geschlechtes, über die Mittel diese Bestimmung zu erreichen haben, er muß die Geschichte und die Zeitbewegung kennen. Diese Erkenntniß aber gewinnt man nicht etwa im Schlafe, sie wird dem Menschen nicht angeboren, sie kommt auch nicht mit einem bestimmten Altersjahr, sie muß mühsam durch Nachdenken und Nachforschung errungen werden. Dem größten Theil der stimmfähigen Bürger unserer Republiken mangelt diese Bildung, sie haben nie nachgedacht über die Bestimmung des Menschen und über die Mittel, diese Bestimmung zu erreichen, sie kennen weder die Vergangenheit, noch die Gegenwart, sie leben blindlings in den Tag hinein, sie müssen, eben weil sie Proletarier sind, für ihr Maul bedacht sein. Oder glauben Sie meine Herren, ein Mensch, dessen Bildung schon im 12. Jahre abgebrochen wird, der von diesem Zeitpunkt an alle Zeit einer mechanischen körperlichen Arbeit widmen muß, glauben Sie so ein armer Fabrikarbeiter oder ein Bauer, der täglich 12—16 Stunden arbeiten muß, um ein Hundeleben zu fristen, glauben Sie, ein solcher geplagter und gequälter Arbeiter habe noch Zeit, habe Bildung genug, um sich über die neuesten Systeme und Zeitbewegungen aufzuklären? O hätten die armen Leute doch Zeit genug um zu schlafen und Geld genug, um sich eine menschliche Nahrung, eine bessere Kleidung zu verschaffen! — Möchte ihnen ihre elende Lage erlauben, einmal abzulassen von dem unermüdblichen Treiben seine Existenz zu fristen, und wahrhaft des Lebens froh zu werden! —

In der Regel verlangt man von jedem Handwerker, daß er ein paar Jahre in die Lehre gegangen und noch ein paar Jahre Geselle gewesen sei; man würde demjenigen, der als Schneidermeister austräte, der aber sich sein Lebenlang nie um die Schneiderei bekümmert hätte, nicht einmal die Anfertigung eines Rockes anvertrauen; aber bei einer Staatsverfassung ist es immer anders; da darf selbst derjenige eine gültige Stimme abgeben, der in

seinem Leben nie gewußt, was eigentlich eine Staatsverfassung ist. Der Kt. Zürich ist der gebildetste, intelligentste Kanton. Aber ich übertreibe gewiß nicht, wenn ich behaupte, wol die Hälfte unserer stimmfähigen Bürger hat auch nicht den mindesten Begriff von der Bedeutung einer Staatsverfassung. Dennoch wird der Entscheid über Annahme oder Verwerfung dem Volke unterstellt! Es ist dieß Abstimmen ein pures Gaukelspiel. Daß eine Verfassung vom Volke angenommen worden, beweist in der Regel noch gar Nichts über die Güte der Verfassung, es beweist nur, daß es der Partei gelungen ist, das Volk auf ihre Seite zu bringen. Wäre das Volk sich seiner Interessen klar bewußt, wüßte es wie diese Interessen zu befriedigen wären, wir hätten ganz andere Staatsverfassungen, die wichtigsten Rechte würden nicht mehr vom Besitze abhängen; und mit der Gleichheit vor dem Gesetze sähe es anders aus. Aber jetzt merkt man es unsern Staatsverfassungen überall an, daß sie das Nachwerk der Besizer sind. Nur der Besizer wird in denselben der praktischen Rechte theilhaftig erklärt, man sagt dieß zwar nicht frei heraus, man schreibt dieß nicht in die Staatsverfassung hinein, aber praktisch macht sich die Sache so. Theilweise habe ich diesen Satz schon in meiner ersten Vorlesung bewiesen; ich habe dargethan, daß die allerwichtigsten Rechte, Wahlrecht, Vereinsrecht, Pressfreiheit, das Recht die Behörden zu kontrolliren nur eine Bedeutung haben für den Besitz; für den Besitzlosen aber so viel als nicht vorhanden sind; ich will diesen Beweis nicht wiederholen, ich will ihn nur vervollständigen.

Unsere Staatsverfassungen beginnen in der Regel mit dem Satze: Die Souverainität beruht auf der Gesamtheit des Volkes. Sie wird einzig ausgeübt durch den Großen Rath, als Stellvertreter des Volkes. W. Herren, hier haben Sie das klarste Zugeständniß von der Welt, wie wenig man das Volk eigentlich als souverain erklärt. Kaum hat man ihm diese Souverainität zugestanden, so kommt ein zweiter Satz und raubt dem Volke diese Souverainität wieder und überträgt sie auf ein Häuflein von Besitzern. Das Volk ist souverain, aber es darf diese Souverainität nicht ausüben, ein anderer übt sie aus. Es ist selbstherrlich, aber ein anderer macht für dasselbe die Gesetze; — ein Recht das ich aber nicht ausüben kann, das ein anderer ausübt und zwar wie es ihm gutdünkt, ist so gut als kein Recht. Einem Bürger das Recht rauben, bei den Gesamtbeschlüssen mitzustimmen, heißt ihn zum unfreien vernunftlosen Wesen herabwürdigen, heißt ihn unter Bevogtung stellen. Wer ein Gesetz machen kann, der hat ein Vorrecht vor mir, der ist privilegiert, ist mein Herrscher. Was hilft es mir, daß ich das Recht habe, den Besizer dieses Vorrechtes zu wählen? Das Vorrecht bleibt doch noch immerhin ein Vorrecht. Der Vogt wird mir oft nur um desto verhaßter.

Und wer ist denn eigentlich dieser Vorrechtler! — Es ist nicht etwa der Weiseste und Beste, es ist der Besitzende, der **Bourgeois**. Schon das beweist, daß die Herren Verfassungsfabrikanten nie darüber aus waren, dem Besitzlosen den Weg in die gesetzgebende Behörde zu bahnen, daß sie festsetzten: die Verrichtungen der Großrathsmitglieder seien unentgeltlich. Andere Verfassungen gehen in dieser Beziehung noch weiter, sie sagen es gerade frei heraus, es muß Einer so und so viel versteuern, ehe er wahlfähig ist. Das thut z. B. die Bernerverfassung, §. 35 derselben fordert zur Wählbarkeit in den Großen Rath ein Grundeigenthum oder ein auf Grundeigen-

thum versichertes Kapital von wenigstens fünftausend Schweizerfranken! — Kann man den Besitz deutlicher privilegiren?

Ich will noch einige andere Beispiele anführen; ich will das Beispiel aus dem Strafrechte nehmen. Ein reicher Kauz und ein armer Arbeiter sitzen im Gefängniß: und Untersuchungsverhaftete. Der Reiche sitzt nicht gern in Locke, er hat Geld, er leistet eine Kaution und wird auf freien Fuß gesetzt. Der arme Arbeiter sitzt auch nicht gern im Gefängniße; er hat zu Hause eine kranke Frau und zwei unerzogene Kinder, er sollte sie mit seiner Hände Arbeit ernähren, aber er hat kein Geld, er muß Frau und Kinder hungern lassen und auch ferner im dumpfen Gefängniße bleiben. Ist der Besitz hier nicht wieder privilegirt? Ist das auch die gleiche Justiz für Reich und Arm? —

Ich verfolge diese Gleichheit vor dem Gesetze noch etwas weiter, und behaupte, es existirt auch da keine Gleichheit vor dem Gesetze, wo die Gleichheit am konsequentesten durchgeführt erscheint.

Die beiden Menschen, von denen wir bereits gesprochen, werden vor das Gericht gestellt; beide werden für unschuldig erklärt; keiner von ihnen bekommt eine Entschädigung; dem Reichen kann dieß gleichgültig sein, er hat beim Prozesse weiter Nichts verloren, als daß er in die unangenehme Lage eines Angeklagten versetzt worden war. Aber der Arme hat unschuldig im Kerker gesessen, hat die so nöthige Arbeit versäumt und dennoch bekommt er Nichts. — Ist das etwa die gleiche Justiz für Reich und Arm?

Ich kehre den Fall um; der Richter findet beide des Vergehens und zwar des gleichen Vergehens schuldig; beide werden zur gleichen Strafe, zu einer Buße von 200 Fr. verurtheilt. Der Reiche wirft sie gleichgültig hin, er muß sich dieser Strafe wegen auch nicht die mindeste Entbehrung auferlegen. Der Arme geräth in Folge dieser Strafe in Concurs und verliert seine bürgerliche Ehre, wird zum Lump. Ich frage, sind hier Reich und Arm auch gleich stark bestraft? — Ist nicht der Arme 10 mal mehr gebüßt, als der Reiche?

Ähnlich verhält es sich mit dem Steuersystem. Es hat dieß am allermeisten den Schein, als sei es gerecht, und dennoch basirt es auf dem Grundsatz der Rechtsungleichheit. A. hat 1000 Fr. Vermögen und zahlt davon 1 Fr. an den Staat, B. hat 60,000 Fr. Vermögen und zahlt 60 Fr. Nun ist aber klar, daß der Besitzer von 60,000 Fr. weit eher hundert Fr. an den Staat als der Besitzer von 1000 Fr. nur einen Fr. zahlen kann. Wenn ich 60,000 Fr. habe, so kann ich 100 Fr. weggeben, ohne deswegen in meinen Ausgaben im Geringsten genirt zu werden, aber bei 1000 Fr. Vermögen kann ich auch nicht einen abgeben, ohne dadurch in meinen Bedürfnissen beeinträchtigt zu werden. Das Vorrecht des größeren Besitzers vor dem Kleinern ist also auch hier ganz augenscheinlich. Ich könnte diese Beispiele bis ins Unzählige hinein vermehren, ich will es hierbei bewenden lassen; das Angeführte beweist klar genug, daß die große Mehrheit des souverainen Volkes nicht wußte, was sie that, als sie die Staatsverfassung sanctionirte. Denn wissenlich legt sich gewiß kein Mensch freiwillig ein Übel auf.

Die Volkssouverainität verlangt eine hinlängliche Geistesbildung, das Proletariat ist unzertrennlich von Unwissenheit und Dummheit. Die Volkssouverainität verlangt eine sichere ökonomische Stellung, das Proletariat

macht den Arbeiter zum Sklaven; die Volkssouveränität ist der Zustand der gleichen Berechtigung, das Proletariat der Zustand der ungerechten Ungleichheit. Die Souveränität ist der Zustand der Freiheit, das Proletariat der Zustand der Knechtschaft. Souveränität und Proletariat sind daher einander ebenso entgegengesetzt, wie Licht und Dunkel; so wenig es Nacht sein kann, wo es Tag ist, eben so wenig läßt sich das Proletariat mit der Souveränität vereinigen.

Es ist dieß auf den ersten Blick klar; die Unverträglichkeit liegt auf flacher Hand. Daher, meine Herren, behaupte ich auch, keine der beiden Parteien glaubt wirklich an die Volkssouveränität, die Radikalen sowenig als die Konservativen.

Daß die Konservativen nicht an die Volkssouveränität glauben, ist eine bekannte Sache. Sie witzeln und spötteln an Einem fort über dieselbe; sie sind noch nie im Ernst mit der Behauptung aufgetreten, das Volk sei wirklich souverain; ich brauche daher nicht erst zu beweisen was sie selbst zugeben.

Anders mit den Radikalen. Das Volk ist souverain, ist einer ihrer gewöhnlichsten Sätze! Aber diesen Satz heben Sie durch tausend andere Schimpfnamen und Nebensarten auf. Als es im Jahre 1839 den Konservativen gelang, das Volk auf ihre Seite zu bringen und mit Hilfe derselben die radikale Regierung zu sprengen, da sprachen die Radikalen nur von Knittelmann, von Religionshelden, von Branntwein begeisterten Horden, einige sogar von 40,000 Dachsen.

Als die Konservativen das Veto einführen wollten, da stemmten sich die Liberalen mit Leibeskraften dagegen. Und doch ist das Veto noch lange nicht die äußerste Konsequenz der Volkssouveränität. — Setzt taucht der Sozialismus auf und die Radikalen haben schreckliche Angst für die Wahlen, der Sozialismus könnte benutzt werden, die Begriffe des Volkes zu verwirren und den Konservativen den Weg zu verschaffen; der Sozialismus könnte sogar mit der Zeit zu Aufständen führen. Ei, ei das begreife ich doch gar nicht. Das Volk ist ja souverain, behaupten die Herren Radikalen. Wie, unser souveraines Volk läßt sich so leicht vom ersten besten die Sinne verwirren, das souveraine Volk wirft nöthigen Falls seine besten Freunde vom Sessel. Das souveraine Volk läßt sich so leicht ein X für ein U machen. Das souveraine Volk begeht vielleicht sogar die Dummheit ohne Aussicht auf einen irgendwie vernünftigen Erfolg zu revoltiren und sich die Köpfe zusammenschießen zu lassen! — Das ist mir eine schöne Selbstständigkeit, eine herrliche Mündigkeit, eine famose Souveränität! —

Diese Befürchtungen heißen günstig ausgelegt nichts Anderes als: wir glauben nicht an die Volkssouveränität. Diese Ansicht tritt mehr oder weniger klar in allen wichtigen Momenten hervor. Es ist noch nicht viel mehr als ein Jahr verflossen, seit ich einer großen Volksversammlung beigewohnt habe. Einer brauchte beständig die Worte: Wir Führer! Ich habe mich damals schon über diesen Ausdruck geärgert, er schien mir höchst unedelikat, sogar die Majestät des Volkes beleidigend. In der That enthielten diese Worte auch Nichts mehr und Nichts weniger als die Erklärung: All diese vielen tausend Männer, die hier die Bühne umstehen, sind nicht souverain. Denn wo Führer sind, da sind auch solche die geführt werden müssen, und wer geführt werden muß, der kann nicht durch sich selbst den

rechten Weg finden, der ist nicht souverain, nicht mündig. Der Führer hat den Geführten immer mehr oder weniger in seiner Gewalt, er herrscht über ihn.

Wenn also die Radikalen sprechen, das Volk ist souverain, so behaupten sie etwas, was nicht wahr ist, und wovon die Meisten wissen, daß es nicht wahr ist, sie bringen dem Volke wissentlich eine falsche Meinung über sich bei und demoralisiren das Volk. Die Wahrheit wird euch frei machen, aber sicherlich die Unwahrheit wird euch in Banden schlagen, die Unwahrheit wird euch zu Sklaven machen. — Es ist traurig, aber es muß gesagt werden: Unser ganzes Staatsleben ruht auf einer durch und durch falschen Grundlage.

Ich will diese Behauptung näher begründen, eine so schwere Beschuldigung darf nicht leichtfertig dahingeworfen werden.

Ich habe schon gesagt, die Konservativen glauben eben so wenig an die Volkssouverainität als die Radikalen; die Konservativen können nicht mit Überzeugung an dieselbe glauben, es ist dieß eine reine Unmöglichkeit. Jede Partei will ihr System durchsetzen, will ihr Prinzip ans Ruder bringen, es ist dieß etwas ganz natürliches, tief in der menschlichen Natur begründetes; es wäre im Gegentheil unnatürlich, wenn dieß nicht der Fall wäre.

Um hierbei unsern republikanischen Verhältnissen sein Prinzip ans Ruder zu bringen, muß man das Volk auf seiner Seite haben, wenigstens die Mehrheit desselben. Dem Volke ist nun einmal in den Kopf gesetzt, es sei zur Freiheit und Gleichheit bestimmt. Diese Ideen gefallen natürlich dem Volke, sie sind seine Lieblingsidee geworden. Würde nun der Konservative vor das Volk hintreten und sagen, Ihr Leute seht, was ihr da glaubt von Freiheit und Gleichheit, ist ein Irrthum, ein Unstun, es muß Rangordnung und Standesunterschiede, Vormünder und Bevormundete, Reiche und Arme geben, und damit dieß durchgeführt werde, wählt uns, wir sind die rechten Männer dazu; wenn die Konservativen so sprächen, so würde das Volk große Augen machen, es würde die Konservativen ins Gesicht hinein verlachen, es würde sich unwillkürlich die guten alten Zeiten ins Gedächtniß rufen, wo meine hochgeachteten Herren und Obern das Volk gar arg bedrückten. Die Konservativen würden auf diesem Wege sich dem furchtbarsten Geschrei des Gegners aussetzen, sie müssen daher, um das Volk für sie zu gewinnen, beim Volke ihre Prinzipien verheimlichen und dem Volke Vorspiegelungen und Versprechungen machen, die sie nie zu halten gedenken, sie müssen die Radikalen wo möglich noch an schwierigen Versprechungen überbieten. Eine solche Taktik aber ist im hohen Grade unmoralisch, sie erbrückt das Volk und die Führer.

Ist es endlich den Konservativen gelungen, ihr Prinzip ans Ruder zu bringen, so ist die Stellung wieder eben so schwierig. Die radikale Staatsverfassung, welche auf dem Grundsätze der gleichen Berechtigung der Bürger ruht, dürfen sie nicht antasten; sie müssen also eiblich bekräftigen, radikale Prinzipien durchzuführen. An Konflikten kann es da nicht fehlen, zwei Prinzipien kämpfen beständig auf den Stühlen, das radikale und das konservative. Die radikale Verfassung verlangt ihre Geltung, die konservative Überzeugung streitet dagegen und verlangt ihre Durchführung. Wirkt nun der konservative Beamte im Sinne der Verfassung und im Sinne des abgelegten Eides, dann thut er etwas, was seine Überzeugung als

verderblich bezeichnet; dann hilft er mit eigener Hand Prinzipien befestigen, die nach seiner Meinung unvernünftig. Und darin, meine Herren, scheidt mir entschieden Unmoralisches zu liegen. Agirt aber der Konservative getreu nach seiner Überzeugung, dann erfüllt er seine Amtspflicht nicht, dann verlegt er seinen Eid, dann geht er, der gelobt die Verfassung aufrecht zu erhalten, auf Umsturz derselben. Und das, meine Herren, erscheint mir wieder als sehr unmoralisch. Man muß gestehen, meine Herren, für einen Ehrenmann ist dieß eine sehr traurige Alternative. Konsequent bleibt nach meiner Meinung nichts übrig als überall auf die Regierungssessel zu verzichten, wo radikale Staatsverfassungen bestehen, dabei aber tüchtig darauf hinarbeiten, daß die Staatsverfassung in konservativem Sinne geändert werde. — Wie man einmal die Konservativen von dieser Seite her angriff, wie man diesen Widerspruch recht klar hervor hob, so mußten sie hier in der öffentlichen Meinung fallen.

Aber zu nicht minder traurigen Dingen führt der Parteikampf auf radikaler Seite. Niemand wird mir bestreiten, daß es unmoralisch ist, wenn ich Jemanden, der selbst nicht gehörig urtheilen kann, glauben zu machen suche, weiß sei schwarz und schwarz sei weiß, Verbotenes sei erlaubt und Erlaubtes verboten. Ebenso ist es auch eine Immoralität, wenn ich den Sklaven glauben mache, er sei frei; ich verhindere ihn so an der Kenntniß seines Zustandes, er wird eben weil er glaubt, er sei frei, keine Mittel ergreifen, um sich aus dieser Sklaverei heraus zu arbeiten. Die Radikalen sprechen aber, wie ich schon gezeigt, dem Volke vor, es sei souverain, während sie in der That selbst nicht daran glauben. Und darin steckt die Immoralität.

Wer zum Sessel gelangen will, der muß machen, daß er die Mehrheit der stimmfähigen Bürger auf seiner Seite hat. — Diese Mehrheit ist aber in der Regel nichts weniger als einsichtig und unabhängig; sie wird von einer Masse von Vorurtheilen gequält; niedrige sinnliche Begierden regen sich in derselben. Die Parteien klammern sich nun, um das Volk zu gewinnen, an diese Leidenschaften, Begierden und Vorurtheile des Volkes; sie stacheln dieselben auf, sie stellen die Gegenpartei als Feinde dieser Interessen, sie selbst versprechen vollste Befriedigung derselben. So werden in der Schweiz beständig irgendwo die religiösen Vorurtheile aufgeregt, diese als das heiligste und höchste hingestellt, und damit das Volk fanatisirt. Ein Schlagwort wird aufgestellt und damit jeder todtgeschlagen, der nicht mit einstimmt ins allgemeine Verdammungsgeschrei. Ob dieses furchtbare Wort, mit welchem man die Überzeugung Anderer terrorisirt, Strauß, Atheist, Jesuit oder Kommunist heiße, das ist am Ende ziemlich gleichgültig, so wie es gleichgültig ist, von welcher Partei das Geschrei ausgeht. Genug daß man sich an die Vorurtheile des Volkes hängt, um auf diese Weise die Gegner in Mißkredit zu bringen.

Eine andere Seite, die man ergreift, um das Volk auf seine Seite zu bringen, ist die schlechte ökonomische Lage desselben. — Keine irgendwie bedeutende Agitation bleibt bei uns frei von materiellem Begehren. An die niedrigste Klasse macht man sich mit Geld und Brod, an die günstiger gestellten mit sonstigen materiellen Begehren! Aber an die ernstliche Erfüllung derselben, selbst wenn man sie von Volksversammlungen annehmen ließe, denkt keiner der Herren. Und gewiß, das ist auch nicht sehr mora-



lisch. Heute setzt sich so ein hoher Herr in eine Versammlung, zettelt eine Agitation an, ermuntert, stachelt auf und sagt, so ist's recht. — Die Bewegung wächst, sie wird mit jedem Tage größer, die Herren sehens gerne, denn sie sitzen noch nicht auf den Stühlen. Jetzt kommt die Sache vor den Großen Rath, die herrschende Partei wirft der Opposition ihre Mittel vor und ein Schreck ergreift die Herren, denn der und dieser möchte gerade gewählt werden, er mißbilligt also das Verfahren, das er selber angerathen, er spricht sein tiefes Bedauern darüber aus, er ist so unschuldig wie ein Kind. Jetzt wird er wirklich zum gewünschten Amte gewählt und die Mitkämpfer dieses Mannes sind gutmüthige Leute, sie verschlucken den Ärger, sie denken, er hat uns ja im Interesse der guten Sache kompromittirt, stehen erst unsere Leute wieder einmal recht fest, dann kommt's schon besser. Es währt nicht lange, die vielen Kämpfe fruchten, die Herren kommen wirklich ans Ruder. Das Volk jubelt, die Männer, die man als Sturmböcke gebraucht, erwarten nun die Realisirung der bisher so lang vertheidigten Ideen; sie erinnern daran, zuerst nur sachte, dann lauter und immer lauter. Allein jetzt sprechen die Herren eine andere Sprache, jetzt heißt es nicht mehr, so ist's recht, so muß man auftreten! jetzt heißt es: die Leute könnten doch nun einmal stille sein, die Sache wäre jetzt nicht an der Zeit und man sei des Lärmens nun einmal satt, die Wähler könnten nun schweigen! — Was das für eine Anmaßung sei, geseheidter sein zu wollen, als hochgestellte Herren, und sich sogar über seine eigene Partei Tadel zu erlauben; wenn sie schwiegen, so würde sich wol noch für den und diesen ein Pöstchen finden.

Allein trotz all' diesen Aussichten auf Pöstlein und Amtlein gibt es immer noch Leute, die dumm genug sind, auf ihren Forderungen fortzubeziehen, die sogar meinen, sie dürfen die früher vertheidigten Prinzipien weiter verfolgen. Darüber werden gewisse Leute ganz erbittert, alle Schleißen des Bornes werden geöffnet, es gilt nun, die Vertreter solcher Prinzipien zu vernichten. Allein ein Kampf mit Gründen ist gefährlich, hier muß man sich anstrengen, hier kann der Gegner antworten und die Angriffe flegreich zurückschlagen. Man läßt also wohlweislich sich auf keine Bekämpfung der Gründe ein, man verdreht, man entstellt, man verläumdet dieselben bloß, man greift nun hauptsächlich die Personen an, die Opposition machen. Was kümmert man sich darum, daß man früher dieselben Personen sogar aufs eifrigste gelobt? man macht nun aus denselben Männern, denen man früher als Kämpfer für Freiheit und Gleichheit seine Bewunderung zollte, mit einem Federstriche Wähler, Herostrate, Knipperdöllinge und dergleichen; man sagt, sie wollen Religion, Kirche, Staat und Gesellschaft umstürzen. Man nimmt auf alle Protestation keine Rücksicht; hat man eine Masse von Verläumdungen in die Welt hinaus geschrieben, so sagt man am Ende, man werde jetzt nicht mehr antworten, und wenn man antwortet, so bemerkt man in vornehmem Tone: Man gehe über solch Kommunistengeschrei mit Verachtung hinweg. So bringt man seine Gegner um Ehre, so bewirkt man, daß bald Alles wie aus einem Munde schreit: Kreuzige, Kreuzige sie!

Sie werden mir zugestehen meine Herren, daß ein solches Verfahren eben nicht sehr moralisch ist. Wäre das Volk mündig, so wäre solche Immoralität gar nicht möglich. Ein mündiges Volk läßt sich weder gegen Jesuiten noch gegen Stranßen fanatistren; ein mündiges Volk läßt sich auch

nicht durch materielle Begehren fördern oder wo es materielle Begehren aufstellt, da weiß es dieselben auch durchzusetzen; ein mündiges Volk läßt sich auch nicht zur Eroberung von Sesseln für ein paar ämterfüchtige Herren als Sturmbock gebrauchen und sich nachher wieder, wie ein alter Besen in die Ecke stellen; ein mündiges Volk ruft nicht auf das Geschrei des ersten besten Zeitungschreibers: Kreuzige, Kreuzige den, den wir gestern noch auf unsern Händen getragen hatten, bei einem mündigen Volke könnten Blätter, die mit so gemeinen Waffen kämpfen, gar nicht existiren; ein mündiges Volk würde sie mit einem Schrei des Unwillens und der Verachtung zurückweisen.

Wie die Partei-Presse auf der einen Seite die Leute herabsetzt, die ihre Gegner sind und zwar auf eine Weise, die als unwürdig bezeichnet werden muß, so erhebt sie auf der anderen Seite ihre Kämpfer, auf ebenso unanständige, unmoralische Weise. Da ist der Kleinste ausgezeichnet, der Unbedeutendste rühmenswerth, besonders wenn der Betreffende ein reicher Mann ist. Ich bin keineswegs der Meinung, daß eine Partei ihre Kämpfer nicht loben, nicht ermuntern soll. Aber das Lob soll auch einen Grund haben, es soll etwas wirklich Lobenswerthes vorliegen. Das Weibhrauschstreuen für Nichts und aber Nichts ist einfältig, hornirt oder unredlich und verdirbt die Leute. Es erzeugt in den Gelobten leicht einen höchst unrepublikanischen Stolz, der sie dem Volke entfremdet und sie zu Despoten macht. Haben wir doch erst in neuester Zeit erlebt, daß Männer, die früher gerne mit dem Volke umgingen, die, wie sie selbst sagten, ihr Bürgerrecht um ein Kohlblatt gegeben hätten, nachher den Umgang des Volkes aufs eifrigste flohen, dasselbe mit Verachtung behandelten, ihm sogar ins Gesicht hinein erklärten, sie brauchen das Volk nicht, aber das Volk brauche sie. Solch' bedauernswürdige Erscheinungen sind wieder eine Folge der demoralisirten Presse, und der Unmündigkeit des Volkes.

Ich muß endlich noch von einer Immoralität sprechen, die ganz besonders in Republiken vorkommt und ich meine die Apostasie, besser die Überläuferei.

Meine Herren! Ich bin weit entfernt, zu behaupten, jeder der von einer Partei zur anderen übertrete sei ein gemeiner Überläufer und als solcher verachtungswürdig. Irrthum ist menschlich sagt ein altes Sprichwort. Der vernünftige Mensch darf nie bei dem Errungenen stehen bleiben, er muß sich fortbilden und zu dem Ende seine Überzeugung einer genauen Prüfung unterwerfen, er darf sich den Zeiterscheinungen nicht verschließen. Wie leicht ist es aber möglich, daß Jemand bei genauem Nachdenken über seine früher vertheidigten Sätze einseht, daß dieselben unrichtig und somit unhaltbar sind. Es ist also durchaus Nichts Unehrenhaftes, wenn er nun auch nach seiner Überzeugung handelt, es wäre im Gegentheil unmoralisch, wenn er noch ferner seine früheren Prinzipien vertheidigte.

Die Zahl der Menschen, welche einen solchen Entwicklungsprozeß durchgemacht ist nicht gering; ich erinnere Sie, um berühmte Beispiele zu wählen, an Hus, Luther, Zwingli. Aber von dieser Apostasie rede ich hier nicht, ich rede von der Überläuferei, die aus gemeinen, niedrigen Beweggründen hervorgeht, ich rede von den Menschen, welche um äußerer Vortheile willen an ihrer Überzeugung zu Verräthern werden.

Jede Partei hat bei den Parteidämpfen, wie sie jetzt sind, ein Interesse daran, möglichst viele intelligente Köpfe auf ihrer Seite und möglichst we-

nige auf Seiten ihrer Gegner zu sehen. Denn bei der Unmündigkeit des Volkes hängt das Gelingen der Parteipläne hauptsächlich von der Intelligenz und Geschicklichkeit der Führer ab. Und das gibt Anlaß, die vorragenden Köpfe einer Partei bei ihren Leidenschaften, ihren Privatinteressen zu packen. Die Menschen werden gar verschiedenartig gefangen. Eine Partei weiß z. B., daß ein gefürchteter Gegner in mißlichen ökonomischen Umständen sich befindet, man sucht ihn nun noch mehr in Verlegenheit zu bringen, dann läßt man nebenbei durchblicken, daß ein Ausweg, eine Hülfe möglich wäre, wenn er es so anfangen würde. Der Betreffende denkt, er wolle es doch einmal versuchen, er werde den Teufel schon meistern können, und ehe er sich versteht ist seine Überzeugung gefallen.

Anderer faßt man bei ihrer Eitelkeit. Man weiß sie möchten gern gelobt werden, daher schmeichelt man ihnen, daher hätschelt man sie, nur hie und da gibt man zu verstehen, wie schade es doch sei, daß der gute Mann neben so vielen trefflichen Seiten dieß und jenes nicht einsehe. Nun beeilt sich dieser, auch dieser Seite zu genügen, er läßt um unwürdiger Lobsprüche willen seine Hauptgrundsätze fallen und während er noch für seine Überzeugung zu kämpfen glaubt, steht er im Lager der Gegner! —

Ein Dritter möchte gern ein Amt bekleiden und zwar sobald als möglich, und so bedeutend als möglich. Das weiß die Gegenpartei, sie verspricht seinen Wünschen Erfüllung, wenn er nur zu ihrer Fahne übergehe u. Er tritt also über. Es ist wirklich merkwürdig, wie offen und handgreiflich solche Überläuferei vor sich geht. Es gibt Leute, die sobald sie sehen, daß eine Partei die Oberhand erhält, sogleich von der früheren ablassen und zu der steigenden überlaufen. Ihr Grundsatz ist die Grundsatzlosigkeit, ihr einziges Ziel das Sesselthum. Um dieses Sesselthum haben sie revoluzt, um dieses Sesselthum werden sie auch ferner revoluzzen! —

Und warum sollten solche Leute nicht so handeln! Sie thun ja nur, wie das souveraine Volk thut; sie halten wie dieses mit denen, durch die sie am Meisten gewinnen zu können glaubten. Das souveraine Volk zwingt sie gleichsam dazu, da es bei einem revolutionären Regierungswechsel mit Wuth über diejenigen herfällt, welche ihrer Meinung treu bleiben. Haben wir doch schon erlebt, daß bei solchen Revolutionen sogar die Überzeugungstreuen für ihr Leben fürchten mußten.

Wäre das Volk aber wahrhaft souverain, es würde keinen solchen Überläufer ein Staatsamt anvertrauen, diese Überläufer würden der allgemeinen Verachtung Preis gegeben! —

Bei diesem Parteigetriebe, meine Herren, ist es denn auch so weit gekommen, daß die erste Bedingung zu einem gedeihlichen Staatsleben, die gegenseitige Achtung der Bürger, gewichen ist. Die Parteien wissen, was für Mittel sie brauchen, um sich gegenseitig aus dem Felde zu schlagen, sie kennen sich, drum hegen sie ein fürchtbares Mißtrauen, drum trauen sie einander alle Schlechtigkeit zu. Die Radikalen sprechen von einer Partei des Auslandes, von Nordbrennern; die Konservativen sogar von einer Partei des Meuchelmordes. Erbitterung, Wuth, Haß und Verachtung hat fast alle Gemüther ergriffen; diese Erbitterung zerreißt sogar die Familienbände und entweiht selbst die Gotteshäuser, sogar die unschuldigen Kinderherzen ergreift dieser unselige Parteihass. Die Führer verachten das Volk, das Volk verachtet die Führer. Feiert die eine Partei ein Fest, so sieht die

andere einen Angriff auf sich darin; hält die eine Partei eine Volksversammlung, so glaubt die Andere Kanonen in Bereitschaft halten zu müssen. — Ein Wutsch folgt dem andern, sogar das Schrecklichste haben wir erlebt, den politischen Meuchelmord. — Glaub nicht, daß es besser kommt, im Gegentheil, das Übel wird mit jedem Tage mehr überhand nehmen. Am Proletariat werden unsere Republiken untergehen, wenn dem Übel nicht durch rechtzeitige Maßregeln gesteuert wird. Unser schweizerisches Proletariat ist gefährlicher als jedes Andere. — Freiheit und Gleichheit sind Worte, die auch in die Hütten der Ärmsten gedrungen sind; Freiheit und Gleichheit sind Ideen, die sich selbst bis in die Köpfe der ärmsten Baumwollenweber den Weg gebahnt haben. Konservative und Radikale haben mit dem Proletariate gar süßlich gethan, sind gar vertraulich mit ihm umgegangen; reiche und angesehene Stadtherren, Juristen, Mediziner und Staatsbeamte haben zerlumpfte Kellenländer mit den Worten Brüder angerebet. Das bleibt natürlich in den Köpfen der Leute, sie fangen an sich zu fühlen, sie wollen, daß ihnen dieß brüderliche Verhältniß auch Etwas einbringe. — Radikale haben den materiellen Leiden des Volkes Abhülfe versprochen. „Auch in dieser Beziehung muß Hülfe geschafft werden“ rief man den Bedürftigen bei der Volksversammlung in Uster zu. Das Volk hat diese Worte noch nicht vergessen; es hat ein gutes Gedächtniß für solche Ansprüche. —

Das Volk ist unzufrieden, ist begehrt gemacht; Und das haben nicht etwa die Sozialisten, sondern die politischen Parteien, vor Allem aber die Radikalen gethan; die politischen Parteien haben den Leu geweckt! —

Eben so sicher als dieser erste Satz ist die zweite Behauptung: Alle diese geweckten Ansprüche sind nicht befriedigt; wenn die Parteien am Ruder waren, haben sie in der Regel ihr Versprechen vergessen oder das Volk mit Brosamen abgespeist. Dadurch gewinnt das Volk die Überzeugung, daß es von allen Parteien nur als blindes Werkzeug gebraucht wird.

Und meine Herren, was das gefährlichste ist, dieses begehrtliche unzufriedene Proletariat; das mit jedem Tag immer mehr wächst, ist von den verschiedenen Parteien in Revolutionen geübt, dieses Proletariat hat gelernt, unter Abstingung von christlichen und patriotischen Liedern eine Regierung von ihren Sesseln zu jagen! Der Sinn für Geseßlichkeit, der Respekt für die Herren Beamten ist dahin und wenn einmal besonders böse Zeiten ins Land kämen, so könnte es dem armen Volke leicht einfallen, auch einmal eine Revolution zu seinen Gunsten zu machen. Diese Revolution könnte um so blutiger, um so gefährlicher werden, als liberale und konservative Blätter sich alle Mühe geben, glauben zu machen, es gebe eine Klasse, die auf Gütertheilung ausgehe.

Nun höre ich rufen, da haben wirs ja, der Verkündiger des Sozialismus gesteht ja selbst ein, daß es leicht zu einer blutigen Revolution kommen könne! — Was brauchen wir da weiter Zeugen!

Ja meine Herren, es muß zu einer solchen Revolution kommen, wenn keine zweckmäßige Maßregeln ergriffen werden. Und sicherlich, die Maßregeln sind unzweckmäßig die darauf ausgehen, das Volk mit seiner thierischen Lage zufrieden zu machen. Abgesehen davon, daß eine solche Tendenz den ewigen Rechten der Menschen widerspricht, abgesehen davon ist sie auch unausführbar. Man hat dem Volke zu viel von Freiheit und Gleichheit gesprochen, als daß sich jetzt die Ideen aus dem Gehirn desselben wegwischen ließen. Um die-

fer Revolution vorzubeugen, bleibt gar Nichts anders übrig, als Mittel ausfindig zu machen, durch welche den Proletariern ein menschliches Leben möglich gemacht wird. Mit andern Worten: Das Proletariat muß aufgehoben werden! —

### Anmerkung.

Die politischen Parteien, auch der Liberalismus und Radikalismus haben sich überlebt; ihre Rolle ist ausgespielt, wie sich das jetzt namentlich in England zeigt, wo die Chartisten, die Arbeiter mit sozialistischen Prinzipien anfangen, handelnd und entscheidend in das Staatsleben einzugreifen. Der politische Radikalismus war berechtigt, so lange man die Abstraktionen des Rechtsstaates für wahr hielt, so lange man durch die Institutionen desselben das Glück des Volkes realisiren zu können glaubte, so lange man bürgerliche Freiheit für gleichbedeutend hielt mit menschlicher Freiheit. Der politische Radikalismus hat den Feudalstaat des Mittelalters mit seinen Kasten und Privilegien zertrümmert; er hat Raum geschaffen für eine freiere Bewegung der Menschen. Das ist seine historische Bedeutung, sein unläugbares Verdienst. Es hat die Leibeigenschaft zerstört; aber in dem er den Bürger frei machte, isolirte er den Menschen und stellte ihn durch die freie Konkurrenz, dieser Konsequenz der staatsbürgerlichen Freiheit, dem Menschen feindlich gegenüber. Er befreite den Bürger aus der Sklaverei des Adels und stürzte ihn in die Sklaverei des Geldes. So war es ihm unmöglich, die Rechte wirklich auszuüben, welche man ihm zusicherte. Die Bourgeoise, die Geldaristokratie übernahm die Erbschaft des Feudalismus und man kann in England und Frankreich sehen, wie sie dieselbe ausgebeutet hat. Und Herr Treichler hat Recht, nirgends tritt das leere Gaukelspiel der politischen Kämpfe, der Eigennutz, die Apostaſie der Parteien, das Buhlen um die Gunst des Volkes und das Abspießen desselben mit hohlen Phrasen, wenn man sich auf seinen Schultern zu den Sesseln emporgeschwungen hatte, widerwärtiger hervor, als in diesen kleinen Schweizerrepubliken, weil eben durch die stete unmittelbare Berührung jeder Nimbus von den handelnden Personen abgezogen, jede Verschleierung ihrer Motive unmöglich wird. Herr Treichler will ein wirklich souveränes, urtheilsfähiges, unabhängiges Volk. Er will die Almosenbüßigen stimmfähig machen; werden diese unabhängig sein? Er will das Volk durch besser und unabhängig gestellte Lehrer bilden, die Armen sollen Unterricht und Unterhalt vom Staate empfangen, der Unterricht soll nicht mit dem 14. Jahre aufhören, sondern hernach noch 3 Jahre in der Sekundarschule fortgesetzt werden. Werden die so gebildeten Bürger von dem Einflusse, von der Herrschaft des Kapitals befreit und unabhängig sein? Er will ihnen freilich zur Erreichung dieser Unabhängigkeit eine ausreichende Existenz sichern durch Sozialwerkstätten, die der Staat anlegen soll. Aber wenn das Prinzip der freien Konkurrenz und der Lohnarbeit beibehalten wird, wird dann die Konkurrenz der Privaten nicht alsbald den Lohn der in den Sozialwerkstätten Arbeitenden sehr verringern? Wird man nicht in die Fourier'sche Theilung von Kapital, Intelligenz und Arbeit oder in den Saint-Simonistischen Satz, den man auch im „Noth- und Hülfssblatt“ liest, verfallen: Jedem nach seiner Fähigkeit und jeder Fähigkeit nach ihren Werken? Und ist es nicht eine heilloſe Irrlehre, dem von der Natur Be-

günstigten zu erlauben, seine größere Befähigung zum Nachtheil der minder Befähigten anzuwenden? Erfordert es nicht die Gerechtigkeit, daß er sie zu ihren Gunsten anwenden und dadurch die ungleiche Vertheilung der Naturgaben ausgleiche? Alle diese Vorschläge sind wohlgemeint und können leicht praktisch ausgeführt werden, weil sie sich im Prinzipie an das Bestehende anschließen; aber aus dem Labyrinth unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse führen sie uns nicht heraus, weil es grade darauf ankommt, das Prinzip zu ändern.

Die Red.

## Herr Biedermann und der deutsche Sozialismus.

Herr Biedermann hat in dem von ihm herausgegebenen ersten Bande des Werkes: „Unsere Gegenwart und Zukunft“ einen Aufsatz: „Sozialistische Bestrebungen in Deutschland“ (erster Artikel) veröffentlicht, worin er eine Darstellung und Kritik dessen zu geben sucht, was von den deutschen Sozialisten bis jetzt theoretisch veröffentlicht worden ist. Es ist ihm zunächst dafür zu danken, daß er sich darin bemüht ernstlich auf ein Thema einzugehen, welches die sogenannten liberalen Schriftsteller unter uns gewöhnlich mit vornehmer Ignoranz bei Seite werfen oder durch abgerissene und verdrehte Beziehungen lächerlich zu machen suchen; auch ist die historische Auseinandersetzung ziemlich vollständig \*) und da die Stellen meist wörtlich beigebracht und nicht schlecht ausgewählt sind, ist sie auch treu und auf das Wesen der Sache eingehend zu nennen. Was dagegen die von ihm hinzugefügte Kritik betrifft, so ist daran sehr vieles zu erinnern.

Zunächst ist gegen dieselbe geltend zu machen, daß sie die Forderungen einer wahren Kritik gar nicht erfüllt. Denn da Herr Biedermann, der selbst Professor der Philosophie ist, den Sozialismus, wie er von Grün, Hess u. s. w. dargestellt worden ist, als eine wesentlich philosophische Gestaltung in Anspruch nimmt, als ein durch consequentes Denken auf der Grundlage der neuern deutschen Philosophie hervorgebrachtes, so mußte er um ein adäquates Urtheil fällen zu können, nothwendiger Weise die Richtigkeit und Wahrheit dieser Folgerungen untersuchen. Wieß er sie als falsch nach, so war seine Arbeit gethan. Mußte er sie aber anerkennen, so war es die Grundlage selbst (das Prinzip), auf welche er einzugehen hatte. Hierin findet sich aber, von einigen beiläufigen Bemerkungen abgesehen, wunderbarerweise auch nicht eine Spur in dem ganzen Aufsatz. Selbst der Begriff der absoluten Freiheit, den er als den Hauptsatz des deutschen Sozialismus betrachtet, hütet er sich wohl genauer zu analysiren. Zwar sagt er, es komme hierbei hauptsächlich darauf an, ob derselbe mit der allgemeinen — erfahrungsgemäßen oder speculativen — Ansicht von der Natur des Menschen zusammenstimme oder nicht, aber er sagt es eben nur. Oder sollte er vielleicht meinen mit der Behauptung: Die Menschen seien halb unendliche, halb endliche Wesen, mit der Ablehnung absoluter Vollkommenheit und absoluter Freiheit, weil die erstere ein Abbrechen der fortschreitenden Vervollkommnung, Stillstand, letztere ein Abbrechen der vorwärtstrebenden, sich entwickelnden Thätigkeit („eine Thätigkeit die um sich

\*) Die rheinischen Jahrbücher hat Herr Biedermann nicht erhalten können.

selbst freisen, sich in sich selbst verzehren müßte, weil sie keinen zu entwickelnden Stoff mehr hätte" (!!) wäre, die Sache irgend wie entschieden zu haben? Diese Entscheidung gleiche doch allzusehr dem berüchtigten Schwerte Alexanders. Übrigens ist weder von einer absoluter Vollkommenheit noch von einer absoluter Freiheit im Biedermannschen Sinne je die Rede gewesen, das sind leere, mechanisch hingestellte Begriffsbestimmungen, die in gar keine wahre Beziehung mit dem Gegenstande gebracht sind, und es ist sehr unphilosophisch von Herrn Biedermann, diese gedankenlosen Widersprüche den Sozialisten unterschieben zu wollen. Was thut denn nun Herr Biedermann, wenn er nicht kritisiert? Er stellt einige practische Fragen auf. So unwissenschaftlich nun auch dies Verfahren ist, soll ihm doch eine kurze Beantwortung werden.

Herr Biedermann fragt 1) Wie sie (die deutschen Sozialisten) sich das Verhältniß der Production zur Consumtion und dessen Regelung in der auf absolute Freiheit des Thuns und Genießens gebauten Gesellschaft denken? Hierauf kann man ihm zunächst nur rathen, das Buch von Grün über den belgischen und französischen Sozialismus, den er für eine Carricatur hält, noch einmal gründlich zu lesen und sich selbst darauf zu fragen, ob er noch fragen wolle? — 2) wie sie die Widersprüche lösen wollen, welche zwischen ihrer Theorie der absoluten Freiheit, als dem Principe des allgemeinen Menschlichen, und ihrer Lehre von der individuellen Verschiedenheit der Menschen, ferner zwischen ihrer Theorie der absoluten Freiheit der Einzelnen und ihrem Principe der Einheit, Gesetzmäßigkeit und Harmonie der allgemeinen Gesellschaftsverhältnisse obzuwalten scheinen? Scheinen, sagt Herr Biedermann, und bezeichnet damit selbst das völlig Subjective seines Einwurfes. Denn der Widerspruch entsteht eben nur durch die von ihm vorgenommene Auseinanderreißung der beiderseitigen Bestimmungen, welche, während sie in dem Begriffe des Menschen ihre ausgleichende Verwirklichung haben und nur in dieser überhaupt wirklich sind, von ihm abstract stirt und dadurch zu leeren Gegensätzen gemacht werden. Die Frage war nicht nöthig, wenn Herr Biedermann auf die Begriffsbestimmung der menschlichen Natur, welche von den Sozialisten schon vielfach gegeben worden ist, eingegangen wäre, statt mit fertigen Ansichten messen zu wollen. 3) Worin sie den Fortschritt der Vervollkommung und Kultur des Menschengeschlechts setzen, wenn sie das was gegenwärtig die Hauptaufgabe desselben bildet, die fortschreitende Ausgleichung und Überwindung der zufälligen gesellschaftlichen Ungleichheiten und der Hemmnisse freier menschlicher Entwicklung, mit einem Schläge als vollendet annehmen, und welche Garantien sie für die gleichmäßige Erhaltung dieses absolut vollkommenen gesellschaftlichen Zustandes (wäre solcher einmal angenommen) zu bieten vermögen? Auch hier muß man Herrn Biedermann sagen, daß er nicht zu fragen versteht. Die Sozialisten sind der Ansicht, daß mit der Ausgleichung und Überwindung der zufälligen Ungleichheiten freier menschlicher Entwicklung erst der Anfang des wirklich menschlichen Lebens gegeben ist. Ist ihm vielleicht bange, womit der Mensch sich dann beschäftigen werde, so antworten wir ihm einfach: mit seiner Bildung, seinem eignen Wesen, und nennen ihm als die beiden Pole desselben: Natur und Kunst. Die Garantie des Bestehens eines solchen Zustandes aber, liegt darin, daß er nicht mehr auf ein dem Menschen Fremdes, sondern auf sein eignes Leben, sein eigentliches Bestehen, gebaut ist

Sollten Herrn Biedermann diese Antworten nicht genügen, so möge er bedenken, daß er nur dann ein tieferes Eingehen auf Einwürfe zu erwarten hat, wenn er ein wirkliches Verständniß des von ihm bekämpften an den Tag legt. Bis dahin kann er nicht mehr verlangen, als daß ihm der Irrthum, in dem er sich befindet, angedeutet werde. Da er mit dem Sozialismus noch keineswegs fertig zu sein meint, so wird es dann wohl nicht an seinem bösen Willen liegen, wenn er ihn doch nicht in sich zu greifen vermöchte. Das ist aber nicht wahrscheinlich.

**Dr. Lindner.**

### Bruno Bauer und sein Apologet.

Die Leistungen des großen Kritikers, der von seinem erhabenen Standpunkte mit Verachtung auf das Treiben der gewöhnlichen Menschen herabsieht, welche für ihn nur als eine erlösungsbefürftige Masse existiren, haben zu verschiedenen Malen ihre verdiente Würdigung gefunden. Zu schwach zu einer wirklichen Vertheidigung, wollte er doch diese Schwäche den Augen der verachteten Masse verbergen und versuchte sie durch einen Scheinangriff auf seine gefährlichen Gegner zu täuschen. Den deutsch-französischen Jahrbüchern, welche ihm seine Irrthümer in der Judenfrage nachgewiesen hatten, antwortete er nur durch einige Ausrufungen in seiner hingeschiedenen Literaturzeitung. Er fühlte sich noch fest und sicher genug auf seinem Throne, um den Gegner, den er nicht widerlegen konnte, mit Geringschätzung abzuweisen. Der „H. Familie“ gegenüber hielt er solches wohl nicht mehr für ausreichend, und nahm seine Zuflucht zu einem neuen, allgemein empfehlenswerthen Verfahren. Statt die Schrift selbst anzugreifen, griff er eine Kritik derselben an, welche an einer nicht ganz richtigen Auffassung laborirte und verschiedene falsche Citate enthielt. Er baute auf die Unwissenheit der „Masse,“ welche dieses Taschenspielerkunststück nicht merken sollte. In wie weit er hierin richtig gerechnet hat, können wir freilich nicht wissen, nur darüber wundern wir uns, daß der große Kritiker nicht bedacht zu haben scheint, daß dieser Unterschleif leicht aufzudecken sei, und er dadurch in eine noch nachtheiligere Stellung gerathen müßte. —

Doch Herr Bruno steht nicht allein; er hat einen treuen Mitarbeiter gefunden an dem großen Werke, der „Masse“ die Ohnmacht seiner Gegner vorzuspiegeln, um hinter diesem Trugbilde die eigene besser verbergen zu können. In No. 87 der „Trierschen Zeitung“ verkündet eine Stimme „T. D. aus Oberschlesien“ das Lob des großen Kritikers und gibt der „Masse“ wieder so überzeugende Beweise von der „wirklich bedauerlichen Ohnmacht“ seiner Gegner, daß sich wohl Niemand mehr den leisesten Zweifel daran erlauben wird. „Die Geschichte der französischen Revolution unter der Herrschaft Napoleons,“ heißt es dort, „zeigt wieder eine solche Kraft und Freiheit des Geistes, eine so mächtige und vollkommene Beherrschung seines Gegenstandes, eine so klassische Reinheit der Darstellung, einen so glänzenden Sieg über jeden „Cultus des Genies,“ „hero-worship“ oder wie ihr es sonst nennen mögt, daß dem gegenüber alle die Angriffe, die man gegen den Kritiker richtete und „vernichtende“ zu nennen beliebte,



in wirklich bedauerlicher Ohnmacht erscheinen, als die Produkte eines kleinen Egoismus, der sich aufs empfindlichste von einem Mann gekränkt fühlte, der es wagen konnte, auszusprechen: „ich brauche keine Freunde!“ — Also, weil Herr Bruno Bauer dies große Wagniß begangen, ist seine Judenfrage in den deutsch-französischen Jahrbüchern besprochen, ist die „S. Familie“ geschrieben. O, großer Beobachter, tiefer Menschenkenner! Dürfen wir fragen, woher diese genaue Bekanntschaft mit den innersten Gedanken jener Leute, deren „kleinlichen Egoismus“ Du hier zu beantworten denkst? — Es ist allerdings eine große That, auszurufen, die Gegner sind zu ohnmächtig, um sich mit ihnen weiter zu befassen, eine That, die man jedem Ausrufer übertragen kann. Habt Ihr der Kritik nichts Anderes mehr entgegenzustellen, als Verdächtigung der Personen, denen Ihr unedle Motive unterzuschreiben sucht, so zeigt Ihr dadurch eben selbst am besten, daß die Kritik eine „vernichtende“ war, und es ist nicht der Mühe werth, daß man sich weiter mit Euch einläßt, als um Eure Verdächtigungen im rechten Lichte darzustellen. —

Gehe wir zur freien Geschichtsauffassung Bauer's übergehen, wollen wir noch einen Passus unfres Apologeten zitiern, welcher beweist, wie weit derselbe selbst vom Geiste Bruno's durchdrungen ist. Man vergleiche des letzteren Aufsatz, „Die Kritik und die Masse,“ in der Literaturzeitung. „Zu keiner Zeit war die Nothwendigkeit geschichtlicher Kritik gebieterischer, als gerade jetzt. Die atomistisch zerfallene Masse spreizt sich unter der Herrschaft von Mächten, von denen sie nicht weiß, daß sie ihre geschichtliche Kritik längst erfahren und sie selber — die Masse — hervorgerufen haben (Die Kritik hat allerdings die „Masse“ hervorgerufen, aber nur im Kopfe des Kritikers), zum Heldenmuth der Phrase auf (die Masse spreizt sich zum Heldenmuth der Phrase auf!) und bringt sich in den Tausel eines nichtigen Kreisbewegungs-Einerlei, das ihr am Ende so unerträglich werden muß, daß sie sich genöthigt sehen wird, die Reaction um ein entschieden zugebonnertes Stillgestanden! förmlich zu bitten. Bruno Bauer war es, der zuerst zum klaren Bewußtsein dieser „grenzenlosen Verstimmlung“ und ihrer Ursachen gelangte; er war es, der zuerst mit heroischer Anstrengung ihrer Herr zu werden strebte, zuerst ihrer wirklich Herr ward und das neue Prinzip sich eroberte, das siegesgewiß und ohne Wiederkehr aus dieser zum Tode verstimmlen, ablebenden Welt hinausführt. Bruno Bauer hat zuerst den denkenden Menschen gewiß zum Herrn und Richter über die Mächte der Vergangenheit gesetzt“ (wofür ihm „der denkende Menschengelst“ gewiß sehr dankbar sein wird). Durch das volle und starke Bewußtsein seiner weltgeschichtlichen Bedeutung zu rastloser Thätigkeit gespornt, läßt er in rascher Folge seine Arbeiten erscheinen.“ — Nun, man muß gestehen, unser Apologet hat sich zu einem sehr bedeutenden „Heldenmuth der Phrase aufgespreizt,“ oder besser, er hat sie seinem Meister, über dessen weltgeschichtliche Bedeutung er sich in harmlose Träumereien verliert, trefflich nachzubilden gelernt. Die „grenzenlose Verstimmlung“ der Masse, welche sie zur unterthänigen Bitte an die Reaction um ein „zugebonnertes Stillgestanden!“ treibt, hat er auf Treu und Glauben in den Kauf genommen, und steht nicht, daß die eigentliche Verstimmlung nur im Kopfe seines Meisters existirt und zwar als eine Verstimmlung zwischen seiner gemachten und der wirklichen Geschichte, hauptsächlich aber

zwischen der eigenen Werthschätzung und der Anerkennung der Welt. Dieses „neue Prinzip,“ die Geschichte nach seinen Illusionen zuzustutzen, führt allerdings „aus dieser: zum Tode vorbestimmten, ablebenden Welt“ hinaus zu einer Welt der Ideen, welche mit der wirklichen Welt nichts mehr, als einen zufälligen Anknüpfungspunkt gemein hat, nämlich den Bruno Bauer, der auch die eigentliche Idee dieser Welt ist.

Aus dem angeführten Buche Bauers zitiert der Apologet eine Charakteristik Napoleons, welche wieder einen neuen Beleg bietet für die Art, wie Herr Bruno Geschichte macht: „Weder in gewöhnlicher (!) Weise gütig noch heftig, weder mild noch grausam, weder freundschaftliche Sympathien fühlend, noch sie erweckend, keiner persönlichen Erregung fähig, ruhig, einfach und durch die Kraft seines Willens imponirend, schrecklich in den Ausbrüchen seiner Leidenschaften und sie im Hintergrunde seines Ich leitend und ihren Eindruck berechnend — dabei vom Hause aus ein Fremder, schien es ihm zu klein zu sein, sich allein mit Frankreich und dessen verfallenen Parteien zu beschäftigen. Die Kälte und Leidenschaftlichkeit seines Geistes schienen ihn zum Kampf mit der Welt, der Menschheit, der **Gattung** bestimmt zu haben und ganz Frankreich vergaß oder wollte es sich nicht einmal gestehen, daß er durch eine Lüge sich die Herrschaft erobert hatte, in deren Besitz er sich am Abend des 19. Brümair sah.“ — Das ist also der Mann, der „dem scharfen, durchdringenden Blick Bruno Bauer's, den er nicht niederbligen, nicht blenden konnte, seinen großen Egoismus und seine ganze egoistische Größe wohl zum ersten Mal wahr und aufrichtig enthüllen mußte;“ ein wahres Zwitterding, das „ruhig“ und „keiner persönlichen Erregung fähig“ und doch zugleich „schrecklich in den Ausbrüchen seiner Leidenschaften“ sein konnte, „sie im Hintergrunde seines Ich leitend,“ ein wahres Gespinnst, das frei von allen Leidenschaften doch Anderen durch seine Leidenschaften fürchterlich werden konnte. Und dieser Zwitter, dieses Gespinnst soll Frankreich beherrscht haben, ohne sich um dessen „verfallene Parteien“ zu bekümmern. Solche Fabeln kann man freilich nur noch in Deutschland vorzubringen wagen, ohne allgemeines Gelächter befürchten zu müssen, nur dort kann man es den Leuten noch aufbinden wollen, daß es von der Laune Napoleon's abgehängt habe, sich mit dem übrigen Europa (was Herr Bruno gleich zur „Welt,“ „Menschheit“ und „**Gattung**“ ausdehnt) in Krieg einzulassen, während diesen Kampf schon vorand und durch diesen Kampf allein seine Herrschaft möglich war. Napoleon, der nach Herrn Bruno sich nicht um Frankreichs Parteien bekümmerte, war durch den Kampf der Parteien selbst zur Herrschaft gelangt, organisirte eine treffliche Polizei und strenge Pressgesetze, um die Parteien niederzuhalten, und wurde gestürzt, als eine der Parteien, die Bourgeoise, mächtig genug geworden war, das ihr unbequeme Joch des Eroberers abzuschütteln. Daß Frankreich nicht lange und tiefstinnig darüber nachgegrübelt hat, daß Napoleon's Gewissen nicht zart genug war, um vor einer Lüge zurückzubeugen, mag unsern großen Kritiker immer verdrießen, daß er uns aber glauben machen will, Napoleon sei „durch eine Lüge“ zur Herrschaft gekommen, beweist uns, daß seine Geschichtsschreibung wieder in die Kindheit zurückkehrt, wo es auch erlaubt ist, zu sagen, daß die ganze französische Revolution nicht entstanden sei, wenn Ludwig XVI. die Notabeln nicht zusammenberufen hätte, oder daß wenn

Adam und Eva grade nicht bei Laune gewesen wären, heut zu Tage weder Geschichte noch Geschichtsschreiber existirten.

Da thut es freilich Noth, daß der große Mann seine Knappen in die Welt hinausendet, um seinen Ruhm mit Trompetengeschmetter zu verkünden und das Organ des doktrinären Sozialismus war für diesen Zweck schon durch das Phrasengeklingel seines Pariser Korrespondenten hinlänglich vorbereitet.

**J. Weydemeyer.**

Wie wenig die Geseze im Stande sind, dem Wucher Einhalt zu thun, wie wenig insbesondere die Brodtaxe einen niedrigeren Preis des Brodes erwirken können, dafür liefert uns folgender Bericht des „National“ über den Mehlhandel in Paris wieder einen neuen Beweis: Seit dem ersten Februar sind die Getraidepreise am Sinken und noch immer muß das Brod mit 74 C. pr. Klg. bezahlt werden. Den Mandövern der Spekulanten auf's Steigen ist es gelungen, ein gleiches Sinken der Brodpreise zu verhindern. Auf der Mehltaxe figurirt noch ein Preis von 68 Fr., zu welchem kein ernstlicher Kauf mehr abgeschlossen wird, da man die besten Sorten des Plages zu 66 und 65 Fr. anbietet, ohne daß sie Abgang fänden und in diesem Augenblick Mehl erster Qualität aus Beauce zu 63 und 62 Fr. und aus der Picardie zu 59 und 58 Fr. verkauft wird. Dank diesen Betrügereien haben die Pariser seit 8 bis 10 Monaten das Kilogramm Brod um 4 C. zu theuer bezahlt und kostet dasselbe noch am 1. April 74 C. statt 70 C., obgleich der Plag überfüllt ist und das Mehl auf den Lagern verdirbt. Die Faktoren lassen es hier liegen und beschäftigen sich indessen mit Lieferungsspekulationen, einer Art Zeittäufen, welche eben so sehr in den Getraidehallen wie auf der Börse betrieben werden. — Am ärgsten waren die Betrügereien im Dezember, für welche falsche Deklarationen, Scheinkäufe, Unterschiebung von Namen die gewöhnlichen Mittel sind. In der ersten Hälfte des Dezembers wurden in der Mehlhalle 36,930 Ctr. Mehl zum Verkaufe deklariert; nach ihrem Preise mußte also die Brodtaxe festgestellt werden. Ein Vergleich dieser angeblichen Verkäufe eines halben Monats mit den wirklichen Verkäufen vom 1. Januar bis 15. März zeigt aber, daß wenigstens drei Viertel dieser Deklarationen falsch waren. Die folgenden Zahlen sind offiziellen Angaben entnommen:

In der ersten	Hälfte	des	Januars	wurden	verkauft	3,367	Ctr.
»	»	zweiten	»	»	»	4,852	»
»	»	ersten	»	»	Februars	4,594	»
»	»	zweiten	»	»	»	5,171	»
»	»	ersten	»	»	März	6,366	»

**Summa 24,350 Ctr.**

Die wirklichen Verkäufe dieser 2½ Monate übersteigen also nicht ⅓ der angeblichen des halben Monats, gewiß ein hinlänglicher Beweis, daß hier ein Betrug vorhanden ist. — Während dieser 2½ Monate oder 75 Tage nun wurde die Brodtaxe nach dem Verkaufspreise von 34,350 Ctr., oder von 325 Ctr. täglich, festgestellt. Der Konsum von Paris erfordert aber täglich 4,750 Ctr., die Taxe wird also nach ungefähr einem Fünftel dieses Konsums festgestellt.

**J. W.**

## Mittel zum Zweck.

Das Ziel, welches als das Endresultat der Entwicklungsgeschichte der Menschheit zu betrachten ist, ist die vernünftigste menschliche Gesellschaft, welche auf dem Gemeinschaftlichkeitsprinzip gegründet ist und in welcher Jedem ohne Unterschied die Mittel zur Entwicklung seiner ihm von der Natur verliehenen Anlagen und zur Bethätigung der so entwickelten: — kurz, zum wahrhaft menschlichen Leben gewährt werden. Diese wahre Gesellschaft wird aber nicht heute und auch nicht morgen ins Leben treten können: es ist das einleuchtend, wenn man der Vorurtheile der lebenden Generation gedenkt, wenn man namentlich in Erwägung zieht, daß die Menschheit von heute über ihr Wesen noch im Dunkeln ist, daß sie noch glaubt, das getrennte Leben und Wirken sei des Menschen Bestimmung. Es zeugt daher von totaler Unbekanntschaft mit dem Kommunismus, wenn dessen Gegner, wie das häufig der Fall ist, den Anhängern desselben die Absicht unterschieben, die kommunistische Theorie auf dem Wege roher Gewalt, auf revolutionärem Wege verwirklichen zu wollen? — keine lächerlichere Verdächtigung als diese! Nicht eher kann von Verwirklichung dieser Theorie die Rede sein, als bis die Menschheit zu der Einsicht gekommen ist, daß sie nur in der Gemeinschaft, nur in der Bethätigung der Liebe ihre Bestimmung erreichen kann.

Es ist nun die Aufgabe in unserer Zeit auf die Auffindung und Anwendung derjenigen Mittel zu denken, welche wol im Stande sein möchten, die heutige Menschheit auf jenes Ziel vorzubereiten.

Man hat als erstes Mittel vorgeschlagen: Die Erziehung der Kinder der Armen. — Da die heutige Gesellschaft eine solche Organisation hat, daß neben allen übrigen auch die Erziehung erkaufte werden muß, so ist es wol so ziemlich klar, daß nur ein sehr kleiner Theil der Gesellschaftsmitglieder heutzutage eine einigermaßen gute Erziehung genossen hat. Die große Mehrheit der Menschheit ist daher ohne alle Erziehung: vermöge ihrer Armuth kann sie an den vom Staate dargebotenen Bildungsmitteln keinen oder doch einen höchst geringen Antheil nehmen, indem sie entweder auf das, was die Elementarschulen leisten, beschränkt ist, oder indem sie von derartigen Instituten gar keinen Gebrauch macht. So sollte es nun nicht sein. Von Vernunftswegen sollte die Erziehung nicht davon abhängen, ob Jemand ein Sohn des Bourgeois oder des Proletariers ist: er ist Mensch und hat als solcher ein Recht auf Erziehung. — Wir fordern daher für den Armen unentgeltlichen Schulunterricht, aber einen Unterricht, der mehr gewährt, als unsere Elementar-Schulen in den meisten Fällen bieten, wir fordern einen Unterricht, der es später möglich macht, daß sich der Mensch selbst zum Menschen, zu menschlicher Freiheit und Sittlichkeit emporarbeiten kann. —

Mag man nun auch den Zeitpunkt, wo der Unterricht in der Schule aufhört, ziemlich weit, und weiter, als es heutzutage geschieht, hinauschieben, so darf man doch damit nicht die Erziehung als geschlossen betrachten. Nachdem der Mensch die Schule verlassen hat, tritt er in das Stadium ein, wo er sich nun selbst z. B. durch Lectüre weiter fortbilden muß. Da dem Armen aber die pekuniären Mittel zu Anschaffung der für diesen Zweck nöthigen Materialien z. B. Bücher abgehen, so erweist sich die Einrichtung von

Volkbibliotheken als unumgänglich nöthig. Was können aber Volksbibliotheken helfen, wenn sie keine Schriften enthalten, welche den Menschen wahrhaft fördern, welche ihn über sein eigenes Wesen, über sein Verhältniß zur Natur und zur Menschheit aufklären können? Schriften, die diese Gegenstände behandeln, sind jedoch unter unsern Pressverhältnissen eine reine Unmöglichkeit: die Resultate der Wissenschaft sind für den nicht wissenschaftlich gebildeten Menschen nicht zugänglich, — gar nicht vorhanden, weil Schriften, welche jenes in populärer Sprache behandeln, gar nicht gedruckt werden können. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß wissenschaftlich gehaltene Erzeugnisse des Geistes nicht auch auf Hindernisse gerathen: Beispiele bietet ja die Gegenwart genug dar\*). — Es weist dieser Uebelstand mit Nothwendigkeit auf Freiheit der Presse hin, welche wir mit Entschiedenheit im Interesse der Masse des Volks fordern. Aber es kann uns mit der constitutionellen »Pressfreiheit« nicht gedient sein, weil die ebensowenig als die Censur der freien Wissenschaft und der Verbreitung der Resultate derselben hold sind. Die constitutionelle »Pressfreiheit« unterscheidet sich von der Censur nur durch Folgendes: unter dem Scepter der letztern wird das der bestehenden Macht »Mißfällige« noch ehe es in das Publicum kommt — vernichtet, während da, wo die constitutionelle »Pressfreiheit« existirt, der Verfasser und der Drucker einer »mißfälligen« Schrift hinterher mit Gefängniß- und Geldstrafe belegt wird. Zum Beweise, welche Freiheit der Presse unter den Flügeln der constitutionellen »Pressfreiheit« gewährt wird, führe ich folgendes Factum, was ich der Frierschen Zeitung entnehme, an. »Gestern, so schreibt letztere aus Paris, wurde von dem Hofsenhose der Seine der Schriftsteller Emilie Brée wegen seines kommunistischen Werkchens: »Almanac-catechisme du peuple« zu achtzehn Monaten, der Buchdrucker Delcambre, weil er das Buch gedruckt, zu drei Monaten Gefängniß, ferner jeder zu 300 Fr. Geldstrafe verurtheilt.« Da habt ihr den »Segen« der constitutionellen Pressfreiheit! — Es entscheidet also wie bei Censur, so auch bei dieser »Pressfreiheit« über Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit eines Geistesproducts nicht die Instanz, der das Urtheil allein zustehen kann, nicht der Geist, sondern die materielle Macht. — Wir fordern hiernach im Interesse des eigentlichen Volks, der Proletarier, unbedingte Pressfreiheit, weil sich nur bei dieser die Aufklärung über Alle verbreiten kann. —

Das erste Mittel zu unserm Zweck wäre also die Erziehung der Proletarierkinder; dadurch würde schon viel erreicht werden, indem ein gebildetes Proletariat die zur Verbesserung seiner Lage nöthigen Schritte selbst auffinden und selbst Hand ans Werk legen wird und was vor allem nicht zu übersehen ist, ein gebildetes Proletariat würde uns vor den Wuthausbrüchen der Verzweiflung; wie wir sie in den ersten Revolution erlebt haben, ganz sicher bewahren. Die Bewegung zu dem schönen Ziele hin würde demnach ganz ruhig, ganz friedlich von Statten gehen. —

Damit nun aber die auf diese Weise herangebildete Masse nicht physisch zu Grunde gehe, damit sie keinen Hunger leide, sind vorzügliche Maßregeln nöthig, die auf die Verbesserung der materiellen Lage der Proletarier abzielen. — Es kann uns nicht einfallen, hier Vorschläge zu machen,

\*) J. B. die „Deutschen Jahrbücher für Kunst und Wissenschaft“, welche unterdrückt wurden, ferner die „Philosophie der Zukunft“ von Feuerbach, die im Auslande erscheinen mußte &c. &c.

die nur auf die Unterstützung der Proletarier gerichtet sind. Einmal hat es sich als rein unmöglich herausgestellt, daß das Proletariat durch bloße Geldunterstützung in eine bessere Lage versetzt werden könne und zweitens ist es dem kräftigen und gesunden Arbeiter nicht zuzumuthen, daß er von den pekuniären Gaben seiner Nebenmenschen, — wollten und könnten auch diese so menschlich sein, — abhängen. Ebenso wenig fällt es uns aber ein, Vorschläge, die auf Einrichtung von Arbeitshäusern wie sie in England existiren, abzielen, das Wort zu reden: die Arbeitshäuser in England gewähren dem Proletarier eine Lage, die der gleich, welche man sonst gemeinhin für die größten Verbrecher — in die Hölle versetzt. Die Proletarier gehen nicht in ein solches Haus, als bis sie dem Hungertode nahe sind. — Man schlägt dahingegen die Gründung von Colonien vor und dieser Vorschlag ist eher anzuerkennen. Wir müssen aber auch zugleich die Bedingung stellen, daß die Einrichtung so getroffen würde, daß die Colonisten zum Nutzen der ganzen Colonie — mit Ackerbau und Industrie — beschäftigt würden. Oder mit andern Worten, die Arbeit müßte organisiert werden, und zwar so, daß sie allen Colonisten von Vortheil wäre.

Wenn diese beiden Maßregeln: die Erziehung der Proletarierkinder und Anlegung von Colonien ergriffen würden — und die Realisirung dieser Vorschläge ist doch wol ausführbar — so würde man der Verwirklichung der menschlichen Gesellschaft um ein bedeutendes näher kommen. Zwar erkennen wir nicht die Hindernisse, die der Ausführung jener Vorschläge im Wege stehen, allein sie sind zu bestegen. Um eine Hauptschwierigkeit hier anzuführen, nennen wir nur den Geldpunkt. Zu jenen Maßregeln gehört in unsern Zuständen Geld, viel Geld und die Frage ist nun, woher das nehmen? wer soll der Schatzmeister sein? Die Beantwortung dieser Frage will ich in einem zweiten Artikel versuchen, in dem ich zugleich darüber sprechen will, wer zur Ergreifung jener Maßregel verpflichtet ist. (X)

### Die menschliche Freiheit.

Wie die Theorie, so die Praxis; wie die Lehre, so das Leben. — Die christliche Religion ist die anerkannte Theorie, unsere heutige bürgerliche Gesellschaft ist die verwirklichte Theorie, die Praxis. — Was lehrt die christliche Religion? — Sie lehrt die Belohnung unserer guten, und die Bestrafung unserer schlechten Thaten, indem sie für erstere die ewige Seligkeit — den Himmel — und für letztere die ewige Verdammniß — die Hölle — verspricht. Als Christ thue ich gute Werke, weil ich dafür dereinst Belohnung zu erlangen hoffe und unterlasse schlechte Werke aus Furcht vor Bestrafung. Als Christ bin ich demnach thätig, nicht aus eigenem Antriebe, sondern nur in der Hoffnung auf den künftigen Lohn, als Christ bestimme ich mich also nicht selber zu einer Handlung, sondern ein außer mir Liegendes bestimmt mich dazu: Lohn und Strafe. — Wenn es keine Seligkeit — die in Aussicht gestellte Belohnung — gebe, so sagt man, warum sollen wir Gutes thun? und wenn es keine Verdammniß — die Strafe für unsere schlechten Handlungen — gebe, warum sollen wir nicht schlechtes thun, warum nicht rauben, nicht morden?

Wie nun die christliche Religion den Grund zum Handeln außer dem Menschen verlegt, so auch die bürgerliche Gesellschaft.

„Warum, du Mann der Arbeit, quälst du dich deine 16 Stunden lang in dem Kerker, den man eine Fabrik nennt?“ „Weil ich dafür bezahlt werde und ich von dem erhaltenen Lohne leben muß.“ — „Warum du Tagelöhner, ermüdest du nicht bei deiner sauern Arbeit?“ „Weil ich dafür einen Lohn erhalte.“ — „Warum, du Trödler, läufst du in deiner Bude auf und nieder und wirfst nicht müde deine Schartefcken anzupreisen?“ „Weil ich etwas verdienen, weil ich so ein „Profittchen machen“ muß.“ — „Warum, du reicher Banquier, rennst du wie besessen der Börse zu, dem Versammlungsorte deiner Spießgesellen?“ „Um ein Geschäft zu machen.“ — Kurz in der heutigen Gesellschaft werden Alle zu ihrer Arbeit, von Außen bestimmt: Hier ist die Noth und dort der zu erwartende Gewinn, hier der Lohn und dort die Genusssucht der Grund zur Thätigkeit der Menschen. Oder ist dem etwa nicht so? — Der Einwand, den man dem kommunistischen Prinzip gegenüber so häufig geltend macht, daß nach Verwirklichung desselben die Menschheit, statt wie jetzt thätig zu sein, sich der Unthätigkeit überlassen würde, zeigt deutlich, von welcher Art der Grund der Thätigkeit der heutigen Menschheit ist. — In der heutigen Gesellschaft ist der Mensch nicht aus sich selber thätig, hat er die Veranlassung zu seinem Handeln nicht in sich. —

Wer sich aber zu seinen Handlungen nicht selbst bestimmt, sich vielmehr von Außen bestimmen läßt; wer nicht von sich abhängt, sondern vielmehr von einem Außendinge, sei es nun Lohn oder sonst etwas: den nennen wir mit Recht unfrei. — Unfrei aber soll der Mensch nicht sein: er soll frei sein. Denn nur in der Freiheit kann er seiner Bestimmung: sein Wesen zu entwickeln und zu bethätigen, Genüge leisten.

An die Stelle der Abhängigkeitstheorie, wie sie uns in der bürgerlichen Gesellschaft erscheint, tritt demnach das Prinzip der Freiheit. Die Selbstbestimmung des Menschen zu all' seinen Handlungen, die freie Entwicklung seiner Anlagen und damit die freie Wahl seiner Thätigkeit, so wie sie ihm von seiner Neigung eingegeben wird, gilt es also nun möglich zu machen. Wenn der Zustand, der diese Forderung verwirklicht, gefunden sein wird, dann wird von einer äußern Belohnung für gute Werke nicht mehr die Rede sein können, dann wird der Mensch das Gute eben des Guten wegen thun und darin seinen Lohn, seinen Genuß suchen und finden; dann sind die Worte Hes's in den „letzten Philosophen:“ „Ich liebe aus Liebe, schaffe aus Schöpferlust, aus Lebenstrieb, aus unmittelbarem Naturtrieb“ nicht mehr, bloß volle Wahrheit, sondern sie sind zur Wirklichkeit geworden.

Und ist denn solch' ein Zustand, in dem die menschliche Freiheit wirklich ist, möglich? Denkt man an den wasserhaften Nebel von Vorurtheilen, der über die Idee der „wahren Gesellschaft“ ausgebreitet liegt, so möchte man geneigt sein, die aufgeworfene Frage eher mit Nein als mit Ja zu beantworten. Wenn man dagegen bedenkt, daß jedes Prinzip, was in sich wahr ist, auch wirklich wird; und daß das ausgesprochene Prinzip auf Wahrheit beruht, so ist es eine reine Unmöglichkeit an die Verwirklichung desselben zu zweifeln.

## Weltbegebenheiten.

März.

**Preußen.** Es wird Manchem befremdend, vielleicht sogar Besorgniß erregend erscheinen, daß man in Berlin einen ehemaligen Saint-Simonisten, Herrn Lechevalier, öffentlich sozialistische Vorlesungen halten ließ, denen sehr hochgestellte Personen, Alex. v. Humboldt u. a. beiwohnten. Einem deutschen Sozialisten würde man das schwerlich erlauben, er müßte denn Professor sein und sich verpflichten, über Sozialismus und Kommunismus ebenso abgeschmackt zu reden, wie im vorigen Jahr der Professor Dönitz in der Berliner Singakademie. Ich weiß nicht, ob Herr Lechevalier jetzt Professor ist; er hat sich aber schon 1833 um einen Lehrstuhl am Collège de France beworben und findet es ganz in der Ordnung, daß die Regierung ihn damals nicht zuließ; sie hätte damals eine Doktrin nicht „in der Demaine der offiziellen Wissenschaft“ zulassen können, welche noch so unentwickelt und gefährlich erschienen sei. Professor oder nicht, Herr Lechevalier verkündigt eine „offizielle Wissenschaft,“ sein Stolz und sein Verstand sträuben sich nicht gegen diese Zwangsjacke des freien Denkens, — sein freies Denken, welches im Dienste einer bestimmten Staatsregierung steht und an ihr seine Schranke sich selbst setzt, ist nicht zu fürchten, er kann Vorlesungen halten. Man sollte nicht glauben, daß die Julienne solche Schlasfmühen ausbrüten könnte, wie sie in Deutschland nicht stattlicher aufzufinden sind. Lechevalier ist Fourierist und wie die „Demokratie pacifique,“ Herr Considérant ein entragirter Vermittelungsman; er glaubt den jährenden Most der neuen Weltanschauung so ohne Weiteres in die alten Schläuche der bestehenden Formen des Staats und des Lebens einschütten zu können. Seine conservativ-progressive Assoziation ist weiter Nichts, als ein etwas erweitertes Compagniegeschäft, die alte Form mit einem wohlklingenderen Namen. Bis zum Kern der Frage ist Herr Lechevalier nicht gelangt. Dazu ist er religiös noch durchaus befangen. Solche Vermittlungsversuche mögen der philanthropischen Bourgeoisie gefallen, mögen manches ängstliche konservative Herz beruhigen; denn der letzte Grund der Fourieristen ist stets der „Profit,“ welchen ihr System den Theilnehmern abwerfen wird. Für uns ist die Sache ohne Bedeutung, sie fördert uns in Nichts. Man muß die Frage über das Eigenthum stellen, wie sie Proudhon, dieser geniale Proletarier, gestellt hat. Kann Herr Lechevalier etwas zur Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich beitragen, so wollen wir uns dessen freuen. Die deutsche Kritik der Gesellschaft und ihrer Formen ist aber tiefer und einschneidender, als diese Vermittlungsmänner ahnen, und das Prinzip, um das es sich handelt, ist durch sie zu klar hervorgetreten, als daß wir den ökonomischen Rechenexempeln der sehr weisen Fourieristen Geschmack abgewinnen könnten.

Der Erlaß des Ministers v. Bodelschwingh an den Berliner Lokalverein ist ganz in dem Sinne des früher vom Herrn v. Arnim verfügten ausgefallen. So ist die Sache doch endlich am Ende und der Verein kann ruhig sterben, bis zur einstigen Auferstehung. Daß von dem übrigens fröhlich gedeihenden Berliner Handwerkervereine neulich der Kandidat Behrends, der beliebteste Lehrer der Handwerker, von Polizei wegen ausgeschlossen ist, habe ich wohl schon gemeldet; die Verweisung aus Berlin scheint man auf seine Reklamation doch zurückgenommen zu haben. Neureudings ist durch die Polizei wieder Ehrenreich Eichholz, Verfasser der „Schicksale eines Proletariers“ aus dem Vereine getrieben, weil er durch Abfassung dieses Buches ein „Verbrechen“ begangen habe, wegen dessen er vor Gericht gestellt werden würde.



Die Misere unseres geselligen Verkehrs, welcher sich überall in geschlossenen Gesellschaften inkrustirt und so zu einem neuen Bollwerk für die verderblichen Kastensunterschiede wird, hat schon an verschiedenen Orten Schritte zu einer Verbesserung, Belebung und Erweiterung desselben hervorgerufen. So ist jetzt wieder unter dem Vortritt des Magistrats und der Stadtverordneten zu Königsberg eine städtische Ressource gestiftet, um Gemeinfinn zu wecken und ein Terrain zur Besprechung bürgerlicher An gelegenheiten zu gewinnen. Mitglied kann jeder selbstständige, unbescholtene Einwohner werden gegen einen Beitrag von 1 Thaler. Es ist zwar schlimm, daß zu der Erweiterung und Belebung des geselligen Verkehrs wieder zu dem verrotteten Mittel einer „geschlossenen“ Gesellschaft gegriffen werden muß. Da aber diese geschlossene Gesellschaft eine ganze Stadt umfaßt und nur Garantien für den Charakter der Mitglieder verlangt, ohne auf den Stand Rücksicht zu nehmen, da ferner den Bürger versammlungen leicht Hindernisse in den Weg gelegt werden können, da endlich geschlossene Gesellschaften nicht leicht als Volksversammlungen in Anspruch genommen werden können, wie das sonst wohl passirt, so wollen wir für dießmal gute Miene zum bösen Spiel machen und die ser geschlossenen Gesellschaft fröhliches Gedeihen wünschen. —

In Magdeburg ist es in einer Gesellschaft von Civilisten und Militairs zu einem Konflikt über Standesunterschiede gekommen; hier war aber das Militair die freisinnige Partei. Der Präsident v. Gerlach hatte sich nämlich allerlei Äußerungen erlaubt, „daß nur der Adlige jenes absonderliche Ehrgefühl besitze, welches dem Offizier Noth thue, daß der Adel also ganz besonders zu Offizierstellen qualifizirt sei, während der Bürgerliche nur zum Landwehroffizier taug“ und dergleichen. Diese Lebensarten sind zwar für den Adel durchaus nicht schmeichelhaft; die Landwehr hat in den Feldzügen bekanntlich das Meiste gethan und wenn sich der Bürger dazu paßt, so kann er dem Adel getrost die Qualifikation zu dem geisttödtenden Garnisondienste überlassen. Indessen fanden doch viele Offiziere an diesen kraffen mittelalterlichen Phrasen des Herrn Präsidenten keinen Geschmack, und als Herr v. Gerlach nebst Herrn Göschel, der mythisch gewordenen Hegelei, in die Gesellschaft aufgenommen wurden, trafen 40 Offiziere aus. Eine andere bürgerliche Gesellschaft wollte sie sämmtlich sogleich zu Ehrenmitgliedern ernennen; ich weiß nicht, ob die Offiziere davon Gebrauch gemacht haben. Herr v. Gerlach ist einer der Repräsentanten der pietistisch-historischen Schule und ist neulich mit dem Professor Heffter in einen interessanten Streit über das Strafrecht gerathen, worin er das Glaubensbekenntniß seiner Schule deutlich ausspricht. Die Aufklärungs epoche Friedrichs des Großen nennt er z. B. „eine byzantinische Zeit, in welcher Bildung und Freiheit unterging.“ Außerdem ist Herr Gerlach der Vater des Ehescheidungs Gesetzes und wahrscheinlich auch der neu projektirten patriarchalischen Einzelrichter, welche die Kollegien ersetzen sollen. An seinen Früchten soll man den Baum erkennen! —

Ich habe schon erwähnt, daß die vier neuen Berliner Monatschriften die Hilfe des Obergensurgerichts anrufen mußten, weil der Censor sich weigerte, sie zu censiren, weil er sie für ein Unternehmen, also für eine konfessionspflichtige Wochen schrift hielt, obgleich sie unter verschiedenen Redakteuren und bei verschiedenen Verlegern erschienen. Der Staatsanwalt hat wirklich die Kompetenz des Obergensurgerichts, in dieser Sache zu entscheiden, angegriffen, dieses hat sich für inkompetent erkärt und die Akten an das Justizministerium abgegeben. So ist die Entscheidung jedenfalls weit hinausgerückt und die Monatschriften müssen vor der Hand aufhören zu erscheinen, wenn sie nicht wirklich zu einer einzigen Monatschrift verschmolzen werden. Das hat aber auch manche Uebelstände, weil mit der Vermehrung des Stoffes auch der Preis erhöht werden muß und weil sie dadurch natürlich weit weniger unter dem

Volke verbreitet werden können. Vielleicht ist das aber grade Manchem sehr erwünscht. — Die in Hamm projectirte Monatschrift „die Zeitwarte“ ist an der Censur gescheitert. Es ist nun zwar sehr gut, wenn der Censor ein wohlunterrichteter Mann ist. Wenn er aber mehr weiß, wie jeder andere, wenn er namentlich Thatsachen als wahr annimmt, welche durchaus jedes Grundes entbehren, so hat das auch wieder sein Uebles. So hat z. B. der Censor der „Zeitwarte“, Herr Regierungsrath von Harthausen zu Arnberg eine Besprechung von Künings „dieses Buch gehört dem Volke“ total gestrichen. Er sagt: „dieser Aufsatz ist den Gesetzen schnurstracks entgegen, da, was jedem Buchhändler bekannt sein muß, die beregte Künings'sche Schrift verboten ist.“ Ein solches Verbot ist nun aber weder dem Verfasser, noch irgend einem Buchhändler bekannt und ein Blick auf das Titelblatt würde den Herrn Regierungsrath belehrt haben, daß das Buch in einem preussischen Verlage und folglich, da es nicht 20 Bogen stark ist, unter preussischer Censur erschienen ist, daß also von einem Verbot nicht füglich die Rede sein kann. — Der bisherige Censor der Berliner politischen Zeitungen, Hofrath John, sollte dem Vernehmen nach pensionirt werden; schon war die Censur dem Herrn v. Madai übertragen. Jetzt hat sie plötzlich Herr John wieder übernommen; vielleicht ist Herr v. Madai zu nachsichtig gewesen und hat noch zu wenig Erfahrungen in seinem schweren Amte gehabt. — Bei dem gegen den Oberprocurator Leue wegen seines Buches über das Geschwornengericht eingeleiteten Proceß ist die Öffentlichkeit, ich weiß nicht unter welchem Rechtstitel, ausgeschlossen; sogar das Parreau mußte trotz aller Protestationen draußen bleiben, obgleich die gesetzlichen Bestimmungen in dieser Beziehung ziemlich klar zu sein scheinen. Die Anklage lautete auf Majestätsbeleidigung, frechen und unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze und des deutschen Bundes, Erregung von Mißvergnügen u. s. w.; diese Reihenfolge ist ziemlich stereotyp bei Proceßproceßen. Leue ist, wie zu erwarten war, vollständig freigesprochen. Er hatte, ehe sein Buch verfaßt wurde, der Polizei ein Exemplar eingehändigt, diese hatte es mit Beschlagnahme belegt, das Obergerichtsgericht bestätigte die Konfiskation und das Buch wurde zerstampft. Nun ist es aber für einen nicht juristischen Verstand schwer zu begreifen, wie man durch ein eingestampftes Buch, welches also in Niemandes Hände kommt, ein Verbrechen begehen kann; das ist doch ungefähr so, als wollte man die Gedanken kontrolliren und bestrafen, was freilich häufig weniger am guten Willen, als an der Unmöglichkeit scheitert. Außerdem fand auch der Gerichtshof keine der Anschuldigungen bestätigt, welche der Staatsprocurator gegen Herrn Leue und sein Buch erhob. — Der Lehrer Wanders in der Bürgergesellschaft vom Gerichte freigesprochen. Der Minister Eichhorn hat der Regierung zu Liegnitz aufgetragen, die Aggravation gegen dieses Erkenntniß einzulegen und Wanders Suspension dauert auf ausdrücklichen Befehl fort. —

Trotz des „Westphäl. Merkurs“, welcher sich gleichsam wie ein fließpapierner Damm gegen die Wogen der Zeit aufstellt, ist auch die gute Stadt Münster von denselben nicht verschont geblieben. In die Stadtverordneten-Versammlung, welche früher ein Monopol des konservativen Patriziats gewesen zu sein scheint, waren einige Bewegungselemente, einige Vertreter des s. g. „jungen Münsters“ gewählt worden und die Opposition, welche diese im Schooße der sonst so friedlichen Versammlung erhoben, erbitterte das stabile Altmünster gewaltig. Als es nicht gelang, den Wortführer des jungen Münsters, den Stadtverordneten L., aus der Versammlung auszustoßen, erklärten der Vorsteher und 15 Stadtverordnete, sie würden keinen Theil mehr an den Geschäften nehmen, obgleich ein Stadtverordneter sein Mandat vor Ablauf der gesetzlichen Dauer gar nicht abgeben kann. Die Regierung mußte ihnen die fernere Theilnahme

erz befehlen; hoffentlich wird die Bürgerschaft die staklen Herren bei der nächsten Wahl dieser Last entheben. Der Merkur beobachtet über diesen Gegenstand ein hartnäckiges Stillschweigen; er will es wohl mit Niemanden verderben. Außerdem macht die Flucht des Bankdirektors Bachmeister, der sich mit einer sehr bedeutenden Geldsumme davon gemacht hat, viel zu reden. Die Bank soll in Ordnung sein; aber Privatleute, welche ihm mit fabelhaftem Vertrauen große Summen ohne irgend eine Sicherheit übergeben hatten, leiden erhebliche Verluste und die Art, wie er sie Jahre lang hinterging, soll wirklich ihres Gleichen suchen. —

Die Ansichten der Regierung über die freien evangelischen Gemeinden scheinen noch dieselben zu sein. Der Prediger Detroit von Königsberg ist zu seiner Verantwortung nach Berlin berufen und soll dort eine Unterredung über die streitigen Punkte mit dem Konsistorialrath Fournier haben. Es hieß zwar, der Prediger Walger, ein Anhänger Wislicenus, sei als Pfarrer in Nordhausen bestätigt, weil fast die ganze Stadt erklärt habe, sie würde eine freie evangelische Gemeinde bilden, falls man Herrn Walger ihr nicht zum Prediger gäbe. Doch wird dem jetzt wieder widersprochen. — Wie offeniv der fanatische Pietismus jetzt aufzutreten wagt, möge Folgendes beweisen. Herr Sassenpflug, kürzlich an Herrn Götz's Stelle zum Präsidenten des Oberappellationsgerichtes zu Greifswald ernannt, erklärte als Vorsteher des märkischen Centralvereins für Enthaltensamkeit: er müsse auscheiden, wenn nicht der Ober-Wege-Bauinspektor Horn, welcher seit Jahren mit dem besten Erfolge einen lokalen Mäßigkeitsverein leitet, abträte. Und der Grund dieses Wegzehens? Nun, Herr Horn hat den Protest der Bischöfe Gylert und Dräseke gegen Hengstenberg mit unterzeichnet. Aber was haben die religiösen Überzeugungen mit den Mäßigkeitsvereinen zu schaffen? Nichts, wenn die Verbreitung und Beförderung der Mäßigkeit ihre Hauptaufgabe ist; aber sehr viel, wenn sie vielmehr als eine pietistische Propaganda benutzt werden und die Mäßigkeit nur als Aushängeschild gebrauchen. —

Die Ruhe ist in Posen nach dem verunglückten Versuche, die Gefangenen zu befreien, nicht wieder gestört worden; auch sind die außerordentlichen militairischen Maafregeln, der Belagerungszustand wieder aufgehoben. Aber neuerdings hat man es doch für nöthig gehalten, die polnischen Gymnasien vorläufig zu schließen und die Zöglinge derselben in ihre Heimath zu senden, weil man bedenkliche Sympathien für die Insurrektion bei der empfänglichen Jugend zu finden glaubte. Der Aufstand hatte nirgends weniger Aussicht auf Erfolg, als bei den Posener Bauern, weil das nationale Element und die Aussicht auf die frühere nationale Adels Herrschaft nicht mächtig genug sind, sie die Verbesserung ihrer sozialen Lage durch Preußen verzeihen zu lassen. Die Zahl der Verhafteten ist sehr groß und vermehrt sich noch täglich; kürzlich wurde in Königsberg wieder ein Student und eine Dame verhaftet. In Sonnenburg befinden sich etwa 120 Gefangene, meist Edelleute, Professoren, Doktoren. Möchte sich Preußen doch milde gegen die unterdrückte unglückliche Nation erweisen! Die ungeheuchelte Achtung, welche die Insurgenten zu Krakau den Preußen erwiesen, berechtigen uns zu dieser Erwartung. Wir hoffen, das Gerücht, Preußen wolle die unter den übertretenen Insurgenten befindlichen österreichischen und russischen Unterthanen den betreffenden Regierungen ausliefern, werde sich nicht bestätigen. Sie werden vorläufig in den schlesischen Gränzfestungen Kosel und Neisse bewacht; es sind Kriegsgefangene, welche ihr Schicksal der Großmuth Preußens anvertrauten, auf welche die Bestimmungen des Kartells keine Anwendung zu finden brauchen. Möchte ihre Hoffnung nicht getäuscht werden! Möchte Preußen nicht vergessen, daß die Milde verbunden mit einer vernünftigen Agrargesetzgebung den Geist des Aufstandes besser zu ersticken

vermochten, als die eiserne Strenge, die blutige Herrschaft Rußlands! — Wie es heißt soll jetzt in Berlin das Schicksal Krakau's entschieden werden, Herr v. Rantz wird mit dem österreichischen Minister Ficquelmont und dem russischen General Berg darüber unterhandeln. Möge Preußen nicht zugeben, daß die letzten Reste der polnischen Nation zertreten werden! —

**Hamburg.** Die freie Konkurrenz ruiniert den Handwerker, sie macht das Handwerk zur Fabrikation und sichert dadurch dem großen Kapitale den Sieg; der freie Handwerker wird zum Fabrikarbeiter. Aus diesem Zustande ist aber weder durch eine Rückkehr zur alten Zunftverfassung, noch durch eine Vermittlung der Zünfte mit der Gewerbefreiheit herauszukommen. Wir sehen in Hamburg bei der Innung der Goldschmiede, wohin das führt. Außer den allhergebrachten 48 Amtsherrn hat man späterhin noch 100 Meister konzeffionirt; es sollte doch nicht so aussehen, als wollte man das Publikum ganz und gar den 48 Amtsherrn überliefern. In der That ist das aber doch geschehen; denn man hat die Vorsicht gebraucht, daß die Konzeffionirten kein Schild, kein Schaufenster haben dürfen, daß sie also ganz von der Gnade der Amtsherrn, die ihnen ihre Arbeiten abnehmen, abhängen. Sie haben jetzt dagegen bei dem Senate petitionirt. Gibt dieser wirklich die Konkurrenz ganz frei, so werden die Konzeffionirten eben doch dem Kapitale der Amtsherrn unterliegen; nur wird diesen die Füllung ihres Sackels etwas mühsamer gemacht. Aber das Resultat ist dasselbe; denn der Zunft, wie der freien Konkurrenz liegt dasselbe Prinzip zum Grunde, das der egoistischen Vereinzlung der Menschen. Nur durch die Aufhebung derselben können wir aus diesem Kreislauf heraus.

**Sachsen.** Die fortgesetzten strengen Maaßregeln der Regierung gegen die Presse haben, wie das zu erwarten war, den Widerstand der Kammer hervorgerufen, der freilich „besonnen“ und „bescheiden“ genug auftritt. Zuvörderst wurde die Bewilligung von 3500 Thlr. „zur Beaufsichtigung der Presse“ bis zur Beschlußnahme über die Preßbeschwerden ausgesetzt. Dann kamen die Beschwerden über die mehrfachen Konzeffionsentziehungen zur Sprache. Die Kammer beschloß wenigstens, daß die Entziehung der Konzeffion der administrativen Willkühr abgenommen werden und daß das Gesetz die Gründe klar und bestimmt aussprechen sollte, unter welchen sie verhängt werden dürfe. Außerdem sollen Monatsschriften ferner keiner Konzeffion mehr bedürfen. Und der Konzeffionirte soll die Redaktion übertragen können, wem er will. Das Ministerium hatte nämlich in neuerer Zeit einzelne Redakteure refüsirt, weil es keine Garantien für ihre Qualifikation hätte; ich dachte aber, wenn sie sich den gesetzlichen Censurvorschriften unterwerfen, so käme die Entscheidung über ihre sonstige Befähigung nicht dem Ministerium, sondern dem Publikum zu. Redakteure sind keine Beamte, welche die Regierung zu beaufsichtigen das Recht hätte; nur das Volk kann ihr Urtheil sprechen. Und endlich ist der Antrag, die Regierung möge den Bundestag zur Herstellung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit zu bewegen suchen, einstimmig angenommen. So haben nun alle konstitutionellen Kammern gegen die Censur protestirt. Sie wurde bekanntlich 1819 vom Bundestag nur als provisorische Maaßregel eingeführt, während die Bundesakte unbedingt Preßfreiheit verheißt. Sollte es nicht jetzt endlich an der Zeit sein, den provisorischen Zustand aufhören zu lassen? Die äußerste Gründlichkeit würde das keine Übereilung schelten können.

Die erste Kammer wird wahrscheinlich trotz dem Widerstande des Ministers von Könneritz den Anträgen der zweiten auf Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Justiz beitreten. Was aber die Jury betrifft, so ruft der Freiherr v. Welk pathetisch aus: „Der gute Genius Sachsens möge es noch lange vor der Nothwendigkeit bewahren, von Geschworenen zu sprechen.“ Ich kenne zwar die Familie der Genien nicht sehr

genau, vermuthete aber, daß der edle Freiherr hier den Genius eines Volkes mit dem spiritus familiaris seines freiherrlichen Hauses verwechselt. —

Der Abg. Kewiger brachte die Maßregeln der österreichischen Regierung gegen die Deutsch-Katholiken zur Sprache und erzählte, daß einem sächsischen Deutsch-Katholiken von der österreichischen Gesandtschaft das Passivum verweigert sei. Er beantragte deshalb, die Kammer solle das Ministerium auffordern, von der österreichischen Regierung Aufklärung über diesen auffallenden Schritt zu verlangen. Ich dachte, die Sache wäre so einfach, daß es weniger einer Aufklärung, als einer Rechtfertigung bedürfte.

**Braunschweig.** Die Stände sind mit der Regierung wegen des Budgets in Konflikt gerathen. Sie beantragten einige Ersparungen bei verschiedenen Etats; aber alle diese Anträge, namentlich die Ersparungen im Militäretat, wurden von der Regierung entschieden verworfen, obwohl das von den Ständen Bewilligte hinreicht, den Anforderungen des Bundes an das braunschweigische Kriegswesen nachzukommen. Man ist hegerig, wie sich dieser Konflikt lösen wird. Die Regierung hat dazu ein Bundeschiedsgericht vorgeschlagen; die Stände kennen das aber und scheinen wenig Lust zu haben, auf den Vorschlag einzugehen. — Die von den Ständen beantragte Namensnennung der Redner in den veröffentlichten Verhandlungen ist ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen, obgleich eine solche bei einer Ablegung verfassungsmäßig nothwendig ist. Der Herzog sagt, „er würde sich überhaupt zu einer etwaigen Abänderung dieses Gesetzes nicht durch Anträge der Stände, sondern nur durch eigenes Erwägen bestimmen lassen.“ Das ist allerdings deutlich gesprochen; merkt's euch, ihr konstitutionellen Herren! —

**Hannover.** Eine große Last liegt für die Bauern in manchen Gegenden darin, daß die Kavallerie bei ihnen einquartirt wird und daß sie dafür nur 5 Mgr. täglich erhalten; will ein Bauer einen Kavalleristen ausquartieren, so muß er monatlich 5—7 Thlr. zuschießen. Der Abg. Adicke verlangt deshalb Kasernirung der Kavallerie und daß der Bauer bis dahin täglich 15 Mgr. für Mann und Pferd bekäme. Die Kammer erkennt das zwar als recht und billig an; da aber die Kasernen theuer sind, so erhebt sie Antrag nicht direkt zum Beschluß, sondern trägt nur im Allgemeinen auf Abänderung dieses Zustandes an. Nur ja nicht angefaßt! —

Der Abg. Lang wird wieder Öffentlichkeit der Sitzungen beantragen. Das Resultat ist vorauszu sehen, der Antrag wird abgelehnt. Ich für mein Theil verpflichte mich übrigens im Voraus, den Sitzungen nicht beizuwohnen, wenn auch die Thüren geöffnet werden, und wer die Langeweile ebenso haßt, wie ich, wird sicher gern eine ähnliche Verpflichtung eingehen. So würde man also immer ein „ausgewähltes“ Publikum haben. — Ein selbst in den konstitutionellen Annalen Deutschlands unerhörtes Faktum ist es, daß ein Mitglied der Kammer, Oberfinanzrath Bar, die Reden seiner Kollegen vor der Veröffentlichung censirt. Wenn das nicht die bitterste Ironie auf alle konstitutionellen Theorien ist.

**Baiern.** Wie das mit den Adressen zuweisen merkwürdig geht! Kürzlich erhelet König Ludwig eine solche aus der Pfalz, dem liberalsten Distrikt Baierns, in welcher man neben Versicherungen unterthänigster Liebe und Treue allerlei religiöse Dinge besprach und namentlich dringend um Einführung von Klöstern bat. Darunter prangten 1800 Namen aus Frankenthal und der Umgegend und doch war die Sache so geheim betrieben, daß Bürgermeister und Stadträthe erst durch die wohlgefällige Antwort des Königs Kunde davon bekamen. Da schrieben sie dem Könige aber sofort: „Er möge die Wünsche Einzelner nicht als Wünsche des Landes betrachten und Klöster und klösterliche Institute, als mit den Institutionen der Pfalz nicht verträglich,

von diesem Kreise fern halten. Die Stände oder der Landrath der Pfalz, das gesetzliche Organ des Landes, würden diesem Gesuche auf Befragen beistimmen.“ Ich weiß nicht, ob man sie befragt hat, vermuthe aber, daß diese Adresse nicht so gnädig aufgenommen ist, als die erste.

Bei den Verhandlungen über das Eisenbahngesetz eifert Herr Willich gewaltig gegen die Ausführung der Bahnen durch die Regierung; er ist durchaus für Privatgesellschaften. „Die Kammer, ruft er aus, darf dem jetzigen und künftigen Ministerium kein so umfassendes Vertrauensvotum geben, ohne daß einmal ein vollständiges Eisenbahn-System vorgelegt worden. Soll das Ministerium schalten und walten über ungezählte Millionen, ein Ministerium, welches wie noch kein anderes, eine beispiellose Virtuosität im Schmalern und Verkümmern nicht nur aller materiellen Rechte und Interessen des Volkes hat!“ Die Sache hat allerdings zwei Seiten. Aber wenn, wie sich das von selbst versteht, genaue Rechnung über die verwendeten Gelder gelegt wird, wenn die Kammer ein Votum bei der Richtung der einzelnen Bahnen behält, so ist ihre Ausführung durch den Staat der durch Privatgesellschaften gewiß vorzuziehen. Der verderblichste Aktenschwindel ist unvermeidlich, wenn die Bahnen Privatgesellschaften übergeben werden. Diese wollen und müssen profitieren; der Staat soll nur die Kommunikation erleichtern, selbst mit Opfern. Deshalb ist auch ein Eisenbahngesetz fast nur durch den Staat herzustellen; dann kommt der Überschuss der gut rentirenden Bahnen den schlecht rentirenden zu gut, so daß auch diese möglich werden, während Privatgesellschaften natürlich nur solche Linien bauen, die ihnen Gewinn versprechen.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß die russische Regierung in der so zahmen und scharf censurten Presse Baierns noch immer Stoff zu Reklamationen findet. Und doch versichert man, daß der Augsburger Censur, Regierungsrath Lufft, durch die Bemühungen des russischen Gesandten, Herrn v. Severin, an die Luft gesetzt worden sei. Gegen solche Reklamationen scheint das Nationalgefühl der bärbeißigen Nationalen, der ächtesten Söhne Teuts wenig empfindlich. —

**Baden.** Die Wahlen sind beendigt; die liberale Partei ist siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen. Sie sieht in der neuen Kammer alle ihre Koryphäen wieder und zählt noch einige Stimmen mehr, als in der aufgelösten. Trotzdem wird aber die Stellung der liberalen Partei gegen die bürokratische und jesuitische wahrscheinlich weniger schroff sein, als in der vorigen Session. Denn die Regierung ist den Liberalen mit einer kleinen Konzession entgegen gekommen.

Der Präsident des Staatsministeriums, Freiherr v. Böckh, ist in Ruhestand versetzt, die Stelle selbst aufgehoben. Dafür ist der Minister des Innern, Herr Nebentus, zum Präsidenten des Staatsraths ernannt und der bisherige Kammerpräsident, Herr Beck, ein vermittelndes Juste milieu, ist ebenfalls Mitglied des Ministeriums geworden. So wäre denn der gemäßigste, etwas bürokratisch gefärbte bürgerliche Liberalismus am Ruber und da dieser mit den Jesuiten der Kamarilla fetneswegs befreundet ist, da ferner nicht alle Mitglieder der liberalen Partei radikal sind, so werden dem Ministerium, wenn es halbwegs vermittelnde Vorschläge macht, wohl manche liberale Stimmen zufallen. Wir werden bei den neuen Verhandlungen, wie früher bei denen über das Strafgesetzbuch, sehr häufig im Sumpfe der „richtigen Mitte“ waten sehen.

Die Anstrengungen bei den Wahlen waren von beiden Seiten sehr bedeutend. Es wäre höchst ergötzlich die verschiedenen Phrasen zu sammeln, mit welchen die liberalen Blätter das einfache Faktum verkünden: „Da und da ist ein liberaler Wahlmann, ein liberaler Deputirter“ gewählt. Sie sind ebenso zahlreich, als die Synonyma hier

„wer ist betrunken“, welche Lichtenberg einst zusammenstellte. In Heidelberg wurden die Studenten verwarnt, sich aller Einwirkungen auf die Wahlen zu enthalten. Dagegen ist Nichts zu sagen; die Studenten sind noch keine aktiven Bürger. Aber vier Studenten, welche kräftig auf eine Verschmelzung der Bürger und Studenten hinarbeiteten, ist zugleich das akademische Bürgerrecht gekündigt. Es hat lange genug gedauert, ehe der deutsche Student seine studentischen Vorurtheile ablegte, ehe er aus dem engen Kreise des Korporationswesens hinausschritt und sich als Glied der Gesellschaft fühlen lernte. Und jetzt, nachdem er sich selbst befreit, zwingt man ihn immer wieder in die Korporation zurück, sucht man den Kastengeist immer wieder zu beleben, obgleich er längst alle Lebenskraft verlor. — Welcker war bekanntlich wegen seines in Verbindung mit Schulz herausgegebenen Buches „Censur, Inquisition und Kabinettsjustiz in verderblichem Bunde“ der Beleidigung der hessischen Regierung angeklagt; er ist jetzt freigesprochen. — Der Gemeinderath von Mannheim ist auf seine Beschwerden wegen der bekannten Vorfälle vom 19. November v. J. abschläglich und tadelnd beschieden. Das war zu erwarten. Clericus clericum non decimat. —

**Schweiz.** Die Furcht vor den Gefahren des Kommunismus, auf welche sogar der französische Gesandte Graf Pontois den Vorort aufmerksam machte, ist noch immer groß in Zürich. Man hat bei Deutschen, die man für Anhänger Treichlers hielt, Hausdurchsuchungen gehalten und sie ausgewiesen; man hat die Verbreiter von Treichlers Manifest verfolgt, ohne gegen ihn selbst einen Schritt zu thun, weil man ihm gesetzlich nicht beikommen konnte. Treichler selbst provozierte auf eine Untersuchung und klagte den Bürgermeister Furrer der Verletzung des Amtsgeheimnisses an, weil derselbe in einem Bierhause gesagt habe, man habe eine sehr wichtige Korrespondenz Treichlers mit Weitling aufgefunden. Es geschah aber Nichts gegen ihn. Desto größer war die Angst vor der Volksversammlung, welche angeblich am 2. März in Uster stattfinden sollte. Man sprach sogar schon von den Gegenständen, die dort berathen werden sollten; man wollte, hieß es, die Zinsen auf 3 Procent herabsetzen, die ältesten Schuldbriefe aber ganz vernichten. Die Regierung sandte einen Verhörrichter und den Landjägerhauptmann nach Uster; in Winterthur hatten sich Legale, Radikale und Konservative gewaffnet, denn in der Angst vor dem gemeinschaftlichen Feinde reichten sich beide todtfeindlichen Parteien friedlich die Hand. Die Konservativen zogen sich zurück von dem Sozialismus, als sie sahen, daß es Treichler mit der Erhebung des Volkes Ernst war, daß er sich nicht zum Schemel gebrauchen lassen wollte, auf dem die Konservativen zu den Regierungssesseln emporklimmten. Und siehe da, die Kommission konnte von der ganzen gefürchteten Volksversammlung keine Spur finden; die Herren hatten sich durch einen Puff in Angst und Schrecken setzen lassen. Um sich aber dafür zu entschädigen, beistehen sie im Großen Rathe ein Gesetz, nach welchem die gesetzliche Vereins- und Pressfreiheit für die soziale demokratische Partei ganz aufgehoben ist. Die Bestimmungen sind so weit und unbestimmt, daß fortan jede soziale Erörterung den Zangen der Strafgesetze überantwortet werden kann. Herr Furrer wollte nicht nur alle kommunistischen, sondern auch alle über das jeweilige Regierungssystem hinausgehenden Ansichten ächten. § 1 des projektirten Gesetzes verbietet ursprünglich alle und jede Besprechung einer besseren gesellschaftlichen Ordnung. Die liberale Presse lobte zwar Anfangs diese Fassung nach dem Vorgange der „Neuen Züricher Zeitung“, dem Organe Herrn Furrers; die konservative Presse that dasselbe, weil ihr Herr und Meister Bluntzli schon früher ein ähnliches Gesetz verlangte. Damals opponirten die legalen Radikalen heftig, weil sie durch diese Opposition zu den Regierungssesseln zu gelangen hofften; jetzt, wo sie dieselbe inne hatten, brachten sie selbst das Gesetz ein. Bei näherer Überlegung fürchtete aber jede Partei, daß der

nebenangeführte Paragraph einft auch gegen ſie angewendet werden könnte, wenn die andere Partei am Ruder wäre. Sie wollten aber bloß auf ſ. g. legalem Wege d. h. durch Aufhebung der legalen Verfaſſung den Sozialiſten den Mund ſtopfen. Der Große Rath nahm alſo das Kommuniſtengeſetz an, änderte aber § 1 alſo ab: „Es iſt unterſagt, den Diebſtahl und andere demſelben verwandte Verbrechen öffentlich zu rechtfertigen und wegen der Ungleichheit des Beſitzes eine Klaſſe von Bürgern gegen eine andere zum Haſſe aufzureizen oder durch Angriffe auf Unverleßlichkeit des Eigenthums die beſtehende rechtliche Ordnung böswillig zu gefährden.“ Man betrachte dieſe und und oder; man beachte, daß in einem Geſetze, welches ſozialiſtiſche Diſkuffionen abſchneiden ſoll, die längſt durch das Strafgeſetz verbotene Rechtfertigung des Diebſtahls und ähnlicher Verbrechen nochmals wird verboten, bloß um dem Volke glauben zu machen, der Sozialismus ſanktionire den Diebſtahl! Wahrscheinlich wird man jetzt auch die von der ſozial=demokratiſchen Partei beabſichtigte Vermögensſteuer zu den dem Diebſtahl verwandten Verbrechen zählen; denn dieſe nimmt zwar die drückende Laſt der Steuern von den Schultern der Armen, aber ſie nimmt zugleich durch die höhere Beſteuerung etwas von dem Eigenthum der Reichen, iſt alſo ſicher ein „Angriff auf die Unverleßlichkeit des Eigenthums.“ Eine kritiſche Unterſuchung über die Natur des Eigenthums, wie ſie Pr o u d h o n angeſtellt hat, fällt ſelbſtredend in dieſe Kategorie. Sagt ferner Jemand, daß der Arbeiter trotz angeſtrengter Arbeit in einer den Menſchen entwürdigenden Lage lebe, ſo hat er Beſitzloſe gegen Beſitzende aufge-regt. Verlangt er für Jeden, auch für Almoſengenoßige das Stimmrecht, ſo hat er böswillig die Staatsverfaſſung befehdet. Kurz mit dieſem Geſetze wird der Ausſpruch eines weiland Diplomaten oder Advokaten wahr: „Gebt mir drei Worte von einem Manne ſchriftlich und ich bringe ihn an den Galgen.“ Das Beiſpiel von Bern ſcheint den legalen Radikalen, dieſen engherzigen Doktrinaires, die Augen nicht geöffnet zu haben. Herr Bluntschli wollte auch noch Angriffe auf die Religion und öffentliche Moral darin aufgenommen haben und eine ſolche Beſtimmung führt in geſchickter Hand natürlich zu einem vollſtändigen Keßergerichte. Ich begreife nicht, warum die Klausel durchſiel; ſie paßt ganz und gar zu dem Geiſte des Geſetzes. —

M a z z i n i, das Haupt der italieniſchen Emigration, hat ein energiſches Schreiben an die Tagſagung gerichtet, in welchem er ſich bitter über die unwürdigen Söldnerdienste ausſpricht, welche die Schweizer dem Abſolutismus in Italien leiſten. Herr Furrer findet es der Würde der Verſammlung nicht angemessen, ihr dieſen Brief vorzulegen; aber die Söldnerdienste ſelbſt ſcheinen dieſer Würde keinen Eintrag zu thun, wenigſtens war nicht weiter die Rede davon.

Die Wahlen zum Berner Verfaſſungsrath ſind durchaus im Sinne der Radikalen ausgefallen. An der Spitze der Redaktionskommiſſion ſteht Herr D e ſ ſ e n b e i n, der Führer der entſchiedenſten Radikalen, denen es um eine prinzipielle durchgreifende Verbesserung der Verhältniſſe zu thun ſcheint. Wir werden ſehen, was ſie ausrichten.

**Belgien.** Armuth erzeugt Verbrechen; das läßt ſich an allen Enden der Welt nachweiſen, wie hartnäckig auch unſere Gegner dieſen unbequemen Satz, der ſie in ihrer Behaglichkeit ſtört und zu anderen Beglückungstheorien zwingt, in den bequemen umzuwandeln ſtreben: Verbrechen erzeugt Armuth. Dieſe Herren drehen Urſache und Wirkung, wenn es in ihren Kram paßt, um wie einen Handſchuh. Ich berichtete von der Noth in den beiden Flandern; die Folgen treten ſchon hervor. Die Affiſen von Ost- und Weſtflandern haben in ihrer letzten Sitzung 10 Todesurtheile wegen nächtlicher Diebſtähle mit erſchwerenden Umſtänden geſprochen. In Brügge wurden 13 Todesurtheile gefällt. Man befürchtet ferner Demonſtrationen von Seiten der durch Hunger zur Verzweiflung gebrachten Bevölkerung. Galgen und Rad werden



die Sittlichkeit nicht wieder herstellen, wohl aber eine Umgestaltung unftittlicher, un-menschlicher Verhältnisse.

**Frankreich.** Aus den politischen Verhandlungen der Kammer, in welchen nach und nach wieder alle die gewöhnlichen Themata mit den üblichen Phrasen abgehandelt wurden, habe ich nur die Rede des Herrn Thiers zu erwähnen. Er hielt sie bei den Debatten über den, ich weiß nicht zum wie vielen Male durchgefallenen Gesetzentwurf über die Inkompatibilitäten d. h. über die Unverträglichkeit gewisser Ämter mit der Stelle eines Deputirten. Herr Thiers hat mit so malktloser Offenherzigkeit seine ministeriellen Erfahrungen über die Korruption im Staatswesen mitgetheilt, hat so wichtige und boshafte Ausfälle auf das persönliche Regieren Louis Philipp's gemacht, daß er, so lange dieser lebt, „unmöglich“ ist. Man will daraus schließen, daß L. Philipp's Gesundheit leidend sei und daß Herr Thiers auf das Ministerium der Regentschaft spekulire. Eine feine Nase hat er bekanntlich. Wenn, er aber sagt: „er stelle seine Meinungen auf ein sehr hohes Terrain, weil er die Repräsentativ-Regierung für möglich halte,“ so müssen wir ihm bemerken, daß wir seine Ansichten keineswegs für erhaben halten, daß sie uns vielmehr nur der Ausdruck des allerflachsten und trivialsten politischen Liberalismus zu sein scheinen, dessen engherzige Beschränktheit, dessen egoistische Herrschaftsucht keine freie Entfaltung der Idee zuläßt. —

Die Kohlengrubenbesitzer im Bassin der Loire haben eine große Koalition gebildet; dem koalisirten Kapitale derselben sind alle Kohlengruben daselbst unterthan. Es entscheidet über den Lohn von 10 Millionen Menschen, über die Bedürfnisse der Industrie von ganz Frankreich. Vergebens verlangt Ledrü-Rollin die Anwendung der §§ des Strafcode, welche eine solche Koalition mit dürren, klaren Worten verbieten. Vergebens hält Lamartine eine glänzende Rede gegen dieses neue Majorat; vergebens beweist er, die Konkurrenz sei ebenso contrarevolutionär, als das Monopol, weil jene unbedingt zu diesem führe. Die Konkurrenz ist der Inbegriff der Weisheit der liberalen Staatsökonomien; die Kammer repräsentirt die gelbaristokratische Bourgeoisie und gibt keinem Vorschlag ihre Zustimmung, welcher die unbedingte Herrschaft des Kapitals gefährden könnte. Die Koalition, welche man bei den Arbeitern so unerbittlich verfolgt, wird bei den Grubenbesitzern nicht angefochten. Es ist ungewiss, daß es zu unruhigen Auftritten in jenem Bezirke kommen wird; die Arbeiter stellen schon die Arbeit ein. —

Zwischen Holland und Frankreich sind die Rheinzölle aufgehoben; Holland erläßt den französischen Schiffen auch das droit fixe. Werden die andere Rheinuferstaaten nicht bald nachfolgen?

**England.** Sir Robert Peels Bill ist nun im Unterhause zum zweitenmal verlesen, nachdem die ehrenwerthen, tapferen und gelehrten Herren noch einmal sehr weitläufig alle Gründe für und wieder erwogen hatten. Ihr Durchgehen im Unterhause ist nummehr gewiß; der Widerstand, den sie im Oberhause sicher findet, wird entweder durch eine bedeutende Agitation des Volkes, oder durch einen Patrosschub beseitigt werden. Zwischeneln nahm das Haus eine Zwangsbill für Irland an, wo die Sicherheit der Person und des Eigenthums in einigen Graffschaften sehr gefährdet ist. Diese Bill enthält furchtbar harte Bestimmungen; wer z. B. zwischen Sonnenunter- und Aufgang außerhalb des Hauses betroffen wird, soll auf 15 Jahre deportirt werden. Die Zustände dort sind allerdings schrecklich; die Exekutionen der Molly Maguire werden unerbittlich ausgeführt, täglich fallen neue Mordthaten vor und nur selten gelingt es, einen Thäter einzubringen oder gar zu verurtheilen. Dem derjenige, der ihn fange oder gegen ihn zeugte, würde sicher erschossen. Der Krieg der Besitz-

lösen gegen die Besigenden ist dort im vollen Gange. Kann man sich aber wundern über solche Ausbrüche der Verzweiflung, wenn man die furchtbare Noth bedenkt, die dort herrscht? Kann man sich wundern, daß glühender Rachebuth in den Herzen der Armen brennt, wenn man liest, wie dort hunderte von Pächterfamilien, selbst wenn sie ihre Pacht regelmäßig bezahlen, unerbittlich von Haus und Hof gejagt, wie ihre Hütten niedergedrückt werden, bloß weil es dem Gutsherrn so beliebt, weil er nicht davor zurückbebt, einer Verschönerung oder eines Vortheils wegen tausende von Menschen dem jammervollsten Elende preiszugeben? O gewiß, wenn ihr der Noth nicht abhilft, wenn ihr nicht für genügenden Lohn bei menschlicher Arbeit sorgt, wenn ihr die grausamen Pachtverhältnisse nicht regelt, dann werden auch die barbarischsten Gesetze diesen Gräueln nicht Einhalt thun. Was aber bis jetzt dafür geschehen ist, die öffentlichen Arbeiten, die man angeordnet hat, sind nur ein Tropfen Balsam im Meere des Elends. Möge sich die englische Aristokratie und Bourgeoisie an Gallizien ein warnendes Beispiel nehmen!

Im Unterhause beantragte Williams eine Verbesserung der Schulen für Wales, wo von 250,000 Kindern 180,000 ohne allen Unterricht aufwachsen. Graham weist dagegen auf die Schwierigkeiten einer solchen Verbesserung hin, weil die Einwohner von Wales der englischen Sprache unfundig wären; das ist jedenfalls ein sehr unhaltbarer Grund. Übrigens sei das Ministerium mit einem umfassenden Plane beschäftigt, die Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche zu verbessern. Wenn das nur nicht zu lange dauert; es ist Gefahr im Verzuge! Vorläufig zieht Herr Williams seinen Antrag zurück, weil das Ministerium verspricht, das Erziehungskomitee des Geheimen-Rathes werde einige Inspektoren zur Erforschung der näheren Umstände nach Wales senden. —

Duncombe verlangte, das Haus solle die Petitionen für die Begnadigung der Chartisten Frost, Williams und Jones bei der Königin bevormunden; sie wurden 1841 lebenslänglich deportirt als Theilnehmer eines Aufstandes, welchen die Bourgeoisie angezettelt hatte. Sir James Graham weist diesen Antrag hart zurück; jene Männer, meint er, könnten vollständig zufrieden sein, daß man sie nicht gehängt habe! Auch Peel und Russell sprechen gegen die Einmischung des Hauses und der Antrag wird mit ungeheurer Majorität verworfen. Präjudizirt euch nicht, ihr Herren; die Welt ist rund.

**Spanien.** Dieses unglückliche Land scheint nicht zur Ruhe kommen zu sollen; es ist noch immer ein Spielball verwegener Kriegsknechte. Das kaum gebildete Ministerium Miraflores ist schon wieder aufgelöst. Herr Isturiz dankte ab, weil man die Vergehen gegen den Staat und den Souverain (Hochverrath), die politischen und Preßvergehen der Jury entziehen und besonderen Tribunalen übergeben wollte; damit war das Ministerium Miraflores gesprengt. General Narvaez, dessen selbsteske Brutalität vor Nichts zurückbebt, übernahm die Bildung eines neuen Cabinets und nachdem er alle einflußreichen Stellen mit seinen Kreaturen besetzt hatte, erließ er einige Ordennanzen ähnlich denen, welche die Bourbons 1830 stürzten; er vertagte die Cortes auf unbestimmte Zeit und suspendirte die Pressefreiheit. Diesmal hat er sich aber verrechnet; alle Journale hörten auf zu erscheinen, nachdem sie energisch gegen diese Verwaltmaafregeln protestirt hatten, und in ganz Spanien ertönte ein solcher Schrei der Entrüstung, daß Narvaez's Sturz gewiß ist. Wahrscheinlich geht es aber nicht ohne Blutvergießen ab, da er in der Armee viele ergebene Kreaturen hat. Dieser tolle Säbelschlepper, der seine Stellung nur zu Börsenspekulationen und Gewaltstreichen benutzt, hat Spanien fast mehr geschadet, als die langwierigen Bürgerkriege mit den Karlisten. Der Infant Don Enrique, den die Progressiven

als Prätendenten vorschoben, ist nach Frankreich verbannt; jetzt wird er wohl bald zurückkehren.

**Russland** hat gegen die Insurgenten von Siedlee rasch und blutig gehandelt, wie das zu erwarten war. Zwei der Führer wurden in Warschau gehängt, Potocki in Siedlee; andere wurden erst unter den Galgen geführt und nachdem alle Vorbereitungen zur Exekution getroffen waren, nachdem die Verurtheilten die Todesangst im vollen Maaße genossen hatten, was Alles im Urtheile vorgeschrieben war, wurden sie begnadigt — zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken. Einer mußte aber zur Vorbereitung noch durch 500 Mann Spießruthen laufen. Über das Schicksal der Gefangenen hatte sich wohl kein Pole Illusionen gemacht; Rußland kennt keine Gnade. Aber erstarbt standen die Polen, als die Galgen errichtet wurden; diese Entehrung der Schlachtopfer hatten sie sich nicht vorgestellt. Inbessen der Schrei des Schmerzes wird bald erstickt sein. Die Bauern, welche die Insurgenten einfingen, haben eine Gelbbelohnung und Steuerfreiheit erhalten. Die Gerüchte über Aufstände der Bauern in Volhynien und Lithauen sind sehr unsicher. Also — die Ordnung herrscht in Warschau!

**Österreich.** Die Episode der polnischen Insurrektion in Gallizien, die Erhebung der Bauern zur Niedermegelung des Adels ist wirklich zur Hauptsache geworden, wie ich es im vorigen Hefte andeutete. Die Hauptursache der furchtbaren Erbitterung der Bauern gegen den Adel lag einmal in der tyrannischen Willkühr desselben, der sich nicht bequemen konnte, den Bauern als Menschen zu achten. Sie wurde verstärkt durch die Politik der österreichischen Regierung, welche Alles den Bauern unangenehm, Militäraushebungen u. dgl. dem Adel übertrug, dagegen alles Gute, z. B. die Vertheilung von freiwillig durch den Adel zusammengebrachten Geldsummen, sich selbst vorbehielt. So sah der Bauer nur in dem Edelmann direkt seinen Bedrucker; die Anführer der Bauernscharen waren meist verabschiedete Soldaten. Die Erbitterung wurde endlich fast sanktionirt durch die Preise, welche die Beamten auf die Köpfe der Rebellen setzten. Denn wie erbittert der „Österr. Beobachter“ auch über die „Preuß. Allgem.“ herfällt, welche diese Nachricht zuerst durch den Grafen Dzyalinski erhielt, wie heftig er auch die Wahrheit der Thatsache in Abrede stellt, es wird doch Viele geben, welche den Versicherungen der stüchtigen Mitglieder der polnischen Regierung mehr glauben, als dem „Österr. Beobachter“; es wird viele geben, welche die von ihm zugestandene Verordnung von „Zwangsmassregeln bei der Verhaftung für den Nothfall“ für eine den Bauern in der Nähe wohlverständliche Todeschlagsurlaubniß halten, um so mehr, als die österr. Regierung nachher wirklich auf die Einlieferung zweier französischer Emisäre eine Prämie von 1000 Fl. setzte. Wenn der „Beobachter“ endlich behauptet, Österreich habe seine politischen Gefangenen immer am mildesten behandelt, so entgegnen wir dagegen bloß: Munkatsch und Spielberg! Wer zu viel behauptet, behauptet Nichts! —

Die österr. Regierung nahm Anfangs den Beistand der Bauern zur Bekämpfung der revolutionären Ebeleute gern und willig an. Die Proklamation des Kaisers an die Gallizier enthält keine Spur von Tadel; sie hätten sich nur für Ordnung und Recht erhoben. So bringt auch eine Zeitung, die „Augsb. Allgem.“ oder der „Beobachter“, die Mehelelen der Bauern unter die Kategorien des „alten Hausrechts“, der „primitiven Gesetzgebung“, des „wahren Naturrechts.“ Und Fürst Metternich leitet in einem Rundschreiben die Anhänglichkeit der Bauern, die für kommunistische Phrasen keinen Sinn gezeigt hätten (während anderswo bekanntlich dem Kommunismus alle diese Gränel Schuld gegeben werden), nur von den Segnungen ab, welche die österr. Regierung über Gallizien gebracht hätte. Es sei keine Revolution gewesen, sondern

eine Gegenrevolution, was für den Anfang allerdings richtig ist. Die Regierung instruirte den Prozeß, sie belegte die bedeutenden Einkünfte des greisen Fürsten Czartoryski, seine letzte Hülfquelle, da seine Güter in Rußland längst konfisziert sind, mit Beschlagnahme. Aber nun zeigte sich's, daß die Rechnung ohne den Wirth gemacht war. Es zeigte sich, daß die Bauern zwar nicht für den Adel fechten wollten; aber ebenso wenig wollten sie ihre Haut bloß für die Regierung zu Markte getragen haben trotz aller Deklamationen der „Augsb. Allgem.“, wie sich ein so gräßliches Unternehmen, das Volk gegen seine rechtmäßige Regierung zu empören, an den schändlichen Aufwieglern räche. Die Bauern wollten die Edelleute, ihre sichtbarsten Unterdrücker, nicht umsonst niedergemacht haben; sie verlangen jetzt eine Verbesserung ihrer Lage, Befreiung von Hörigkeit und Frohndiensten, Erlass gewisser Abgaben, Vertheilung von Lebensmitteln und namentlich Theilung der Güter der ermordeten Edelleute zwischen den Bauern (Z) und der Regierung. Bis dahin haben sie sich geweigert, die Waffen niederzulegen. Sie sollen sogar schon einigemal mit den österr. Truppen zusammen getroffen sein und einige Vortheile über sie errungen haben. Einer ihrer Führer, Sze la, soll eine bedeutende Schaar unter seinem Befehl haben. Von den zu ihnen geflüchteten Krakauer Insurgenten sollen sie die Personen höheren Standes erschlagen, die Bauern aber gastlich aufgenommen haben. So hätten wir also einen vollständigen Bauernkrieg in Gallizien, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Auf den liberalen Adel Ungarns, auf Szentkiraly, Kossuth scheinen diese Vorgänge bedeutenden Eindruck gemacht zu haben. Während ihr Liberalismus sonst nur in der Erlangung von Vorrechten für den Adel bestand, sprechen sie jetzt für die Emanzipation des ganzen Volkes. Und mit Recht! Gallizien wird Manchem die Augen öffnen.

Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,  
Vor dem freien Manne erzittert nicht.

L.

## Korrespondenzen.

(Brüssel, 11. April.) Seit vorgestern Nacht zirkulirt hier unter der arbeitenden Klasse und den Soldaten nachfolgender Aufruf in vielen Exemplaren, über dessen Ursprung wir noch keine nähere Auskunft geben können und uns einstweilen jeder Vermuthung enthalten. Wenigstens können Sie daraus ersehen, welchen Grad die Noth und das Elend hier zu Lande schon erreicht haben. Ähnliche Aufforderungen sind auch in Gent in Umlauf gesetzt, auch sind in Folge derselben von den Behörden schon mehrere Verhaftungen vorgenommen.

### Aufruf an alle wahren Belgier durch die Volkssfreunde in Flandern.

Das Elend hat seinen Gipfel erreicht! Noch nie hatte die Hungersnoth in unserm fruchtbaren Vaterlande so viele Schlachtopfer hingewürgt! Täglich sieht man wackere, ehrenhafte Arbeiter vor Mangel umkommen. Viele — und ihre Anzahl wächst mit jedem Tage — begehen Verbrechen, um nur in's Gefängniß zu kommen; denn dort sind sie wenigstens sicher, nicht länger Hungers sterben zu müssen.

Jetzt da die ausgehungerten Arbeiter in den Bettlerdepots kein Unterkommen mehr finden können, weil diese fürchterlichen Anstalten alle schon mit Unglücklichen vollgepfropft sind — jetzt, da auf den Feldern weder Rüben, noch sonstiges Gemüse mehr zu finden, das die Unglücklichen vor einigen Wochen stehlen gingen, um ihr jammervolles Dasein zu verlängern — jetzt, da der wohlgefinntere Theil der kleinen Bourgeoisie

selbst fast nichts mehr besitzt und ihren leidenden Mitmenschen nicht mehr zu Hülfe kommen kann — jetzt da die gutherzigen Landleute sich so zu sagen ausgegeben haben — jetzt da die Mehrzahl der Handwerker und Arbeiter nicht mehr wissen, wo sie sich Rath schaffen sollen, was soll da aus uns werden? Unser Harvt eine schreckliche Zukunft!

So man nicht bald an wirksame Mittel denkt, um dem Elend abzuhefeln, nicht dem Elend derer, die aus dem Betteln schon ein Gewerbe gemacht haben, sondern derer, die ihre Würde und ihr Recht noch zu sehr empfinden, um so tief herabzusteigen, so ihr den Hungrigen nicht bald Bestand leistet, so mache man sich gefaßt darauf, daß die obige Prophezeiung in Erfüllung geht; denn, wie das Sprichwort sagt: Ein hungriger Magen hat keine Ohren.

Um diesem Belgien drohenden Unheil abzuhefeln, haben die Patrioten Flanderns eine heil. Pflicht zu erfüllen, und zugleich den Reichern, wie ihren den Hungertod sterbenden Brüdern einen großen Dienst zu erweisen geglaubt, indem sie diesen Aufruf an alle wahren Belgier erlassen und sie auffordern, sich am 14. April in Masse an den König, an die Volksvertreter zu wenden, um ihnen das Elend des Volkes auszuzeichnen, damit es diesen Regierenden endlich einmal beliebe, ihren Regierten die Mittel zum Bestehen zu verschaffen.

Es ist dies das einzige Mittel, um denen, welche geschworen haben, für die Interessen des belgischen Volkes Sorge zu tragen, zu zeigen, es sei mehr denn Zeit, das Volk auch zu hören. Denn das bloße Einreichen von Petitionen verhilft uns nicht zu unserm Recht. Kaum daß man unsre Gesuche des Vorlesens werth erachtet; dann legt man sie für immer bei Seite und kümmert sich um unser Flehen nicht mehr. Glauben unsere Staatsmänner, daß die Belgier nur zum Vergnügen petitioniren? Aber wenn sie eine Menge ihrer Landesleute in Person werden vor sich sehen, die Arbeit und Brod von ihnen verlangen, dann werden sie hoffentlich, daran zweifeln wir nicht, die Augen öffnen und kräftige Mittel anwenden, um den Folgen des allgemeinen Elends vorzubeugen.

Somit fordern wir denn alle wahren Kinder des Vaterlands, einen von Artois, Breydel, Destoninck, d'Ackermann, Zannequin und andere Volkshelden auf, sich am 13. April, Ostermontag, um 10 Uhr Morgens in Gent auf dem Freitagmarkt einzufinden und von da nach Brüssel zu ziehen, wo man sich am 14. Mittags auf dem „großen Plage“ zu einem Zuge formiren wird, um sich nach dem Nationalpallast zu begeben und denen, die Belgien regieren, die Bitten und Beschwerden des Volkes vorzutragen.

Hoffentlich werden sich die Brabanter und unsre Brüder aus den wallonischen Provinzen mit ihren flandrischen Brüdern vereinigen und sie nach dem Nationalpallast begleiten. Denn wenn auch die Flammänder gegenwärtig den ersten Schritt thun, so handelt es sich doch nicht bloß um die Sache Flanderns, sondern um die Belgiens, um die aller Völker.

Wir bitten den König, die Minister, die Repräsentanten und Senatoren<sup>\*)</sup> auf ihren Posten zu sein, damit sie über die Beschwerden des Volkes ein Urtheil fällen können.

Dieser Aufruf ist französisch, flämisch in 100,000 Exemplaren abgezogen worden und wird zwischen den 9. und 10. April in ganz Belgien vertheilt werden.

Und noch ein Wort an die Armee: Brüder, Soldaten! Eure Eltern, Eure Brüder, Eure Freunde sind es, welche ihren jammervollen Zustand den Regierenden darstellen wollen. Wir wollen Euch nicht bekriegen, wir wollen nur Arbeit und Brod verlangen, um nicht Hungers zu sterben. Sed also nicht gegen uns; denn, Soldaten! auch Ihr seid ja Söhne des Volkes, und wenn Ihr auf das Volk schießen müßtet,

\*) Am 14. ist nemlich keine Kammerversammlung.

so würden Eure Kugeln Eure eigenen Eltern, Eure Brüder, Eure theuersten Freunde treffen. Ihr würdet Euch des abscheulichsten Verbrechens schuldig machen. Schiaßet also nicht auf das Volk, sondern saget: Wir Soldaten, wir gehören auch dem Volke an, wir wollen nicht unsre eigenen Henker sein. —

P. se. Wie wir hören, ist die ganze Sache durch den Drucker verrathen. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein gewisser Pellerin, der sich früher auf den von dem Agitator Kats abgehaltenen Meeting durch besonders heftige Nebenanszeichnungen und durch sein exaltirtes und unbesonnenes Wesen oft die Sache des Volkes zu kompromittiren drehete, wodurch auch eine Scheidung zwischen ihm und Kats hervorgerufen wurde. Übrigens hört man hier vielfach die Vermuthung aussprechen, als sei die katholische Partei, welche jetzt am Ruder ist, der Bewegung nicht ganz fremd, und habe sie wohl selbst heimlich zu schüren versucht, um dadurch einen Vorwand zu Maßregeln gegen die liberale Partei zu gewinnen. Da die Sache aber schon so früh öffentlich geworden ist, werden die Tage des 13. und 14. wohl ruhig vorübergehen.

---

Das erste Recht des Menschen ist das auf Brod.

St. Just.

**(Aus Westphalen.)** Von der in Folge der Verdienstlosigkeit und des Mißrathens der nothwendigsten Lebensmittel, der Kartoffeln, hier eingetretenen drückenden Noth haben unlängst öffentliche Blätter Bericht erstattet, dem wir leider nicht widersprechen können. Wenn wir auf das Ravensbergische, Lippische und Osnabrückische u. unsere Augen richten wollen, so werden wir finden, daß jene Berichte, wenn sie von großem Elende sprechen, weder „gelogen“, noch „übertrieben“ haben. Bei diesen traurigen Zuständen sollte man denken würde eher an eine zweckmäßige Unterstützung als an alles Übrige gedacht werden; aber leider ist dem nicht so: im Großen und Ganzen geschieht nichts. Dahingegen erfreuen sich diejenigen Institute, die im Grunde das wahre Wohl der Menschheit eher hindern als fördern, der lebhaftesten Unterstützung. Wir rechnen zu diesen Instituten vorzüglich den Missions- und den Gustav-Adolfs-Verein, über die wir Angesichts des tiefen Elends entschieden den Stab brechen müssen. — Was wollen diese beiden Vereine? Der erste will den Heiden das Christenthum bringen und zwar das Christenthum vergangener Jahrhunderte, das aber wie die eifrigsten Missionsfreunde selber sagen mit der Vernunft nichts zu schaffen hat. Der Missionsverein will also den Heiden nicht zu selbstbewußten, zu vernünftigen, sondern zu „gläubigen“ Menschen erziehen und wenn ihm letzteres auch gelingen sollte, wenn er sie zu ächten Dogmengläubigen à la Papa Hengstenberg gemacht haben sollte, — was kommt dabei heraus? Die Geschichte des Mittelalters lehrt es uns: es kommt nichts dabei heraus als — Fanatismus, Verachtung der Welt. — Wie wir uns gegen den Missionsverein erklären müssen, ebenso auch gegen den Gustav-Adolfs-Verein. Während ersterer in den Händen der Pietisten ist und ihrem Zwecke, die Menschheit der alten Gläubigkeit, wie sie sich z. B. im Luther geltend gemacht hat, zu unterwerfen, dient, so ist der Gustav-Adolfs-Verein ein Product des veralteten und unentschiedenen Nationalismus, der in diesem Verein sein „Leben“ auszuhauchen bestimmt scheint. Was will der Gustav-Adolfs-Verein? Er will das Leben in der Kirche fördern und durch pekuniäre Unterstützung den protestantischen Gemeinden in kath. Ländern die Mittel zu kirchlicher Erbauung gewähren. Was den ersten Zweck betrifft, so ist dessen Verwirklichung von Seiten des schwankenden ungläubigen Nationalismus eine Unmöglichkeit. Dasjenige, was selbst ohne Leben ist, wird nimmermehr weder Leben erzeugen noch fördern können

— und der Nationalismus ist eine Richtung, die ohne Leben auf den Lorbeeren ausruht und nahe dem Verschleiben ist und darum ist es mehr als lächerlich, wenn derselbe von Erwecken — wollen des Lebens spricht! Aber nun gar Erweckung des kirchlichen Lebens! Der Nationalismus, diese unkirchliche Pflanze, soll kirchliches Leben erwecken! Es ist zum Lachens! — Den ersten Zweck kann der Gustav-Adolfs-Verein also nicht erfüllen, wol aber den Zweiten. Es steht in seiner Macht protestantische Gemeinden in kath. Ländern zum Behuf der Erbauung von Kirchen durch Gelbmittel zu unterstützen. Dies kann unser Verein. Wir sind aber der Meinung, daß für die leibliche Wohlfahrt der Menschen eher gesorgt werden müsse als für kirchliche Erbauung und so lange ersteres nicht geschehen ist, so lange es noch Hunger undummer auf der Erde giebt, — so lange müssen wir gegen die Bestrebungen jenes Vereins protestiren. Erst die Mittel zum Leben gewährt, erst den Hunger von der Erde vertilgt — und so dann für kirchliche Erbauung gesorgt.

Denn „das erste Recht des Menschen ist das auf Brod“ sagt St. Just und er hat Recht. — Wie kann sich auch der Mensch um höhere Interessen bekümmern, wenn er Mangel an den nothwendigsten Lebensmitteln hat? Wollt ihr Gustav-Adolfs-Vereins Freunde für das Wohl der Menschheit thätig sein, so richtet euer Streben auf Abschaffung der Armuth und der Noth und ihr thut damit wahrhaftig ein besseres Werk als wenn ihr zum Zweck der Erbauung von Kirchen Geld hergebt. Und nun bedenkt doch, wem ihr euer Geld anvertraut! Ihr übergebt es einem Verein, der sich in das größte Geheimniß einhüllt, der glaubt nur die Vereinsvorstände, nicht aber alle Mitglieder dürften Alles wissen, was er will. So theilt der Centralverein den Vorständen ein Manuscript mit und bemerkt dabei: „Die Vorstände werden brüderlich ersucht, bei Benutzung dieser Handschrift mit der größten Discretion zu verfahren, namentlich Dritte nichts daraus abschreiben zu lassen.“ Ist das nicht die tollste Geheimnißkrämerei von der Welt? Noch ein Beispiel! In dem an die Vereinsvorstände gesandten Unterstützungsplan der Provinz Brandenburg findet sich die Bemerkung: die Vorstände werden ersucht, bei Benutzung dieses Unterstützungsplans mit der möglichsten Discretion zu verfahren.“ Und ihr wollt einem solchen lichtscheuen Verein euer Geld anvertrauen?! — Entzieht ihm eure Unterstützung, und wendet sie dem Armen zu, theilt nicht mehr an ihm, sondern strebt und ringt, daß die Noth unter uns aufhöre. — □.

**(Von der Ruhr.)** In dem letzten Hefte des Dampfboots von 1845 ist die in Aussicht stehende Auflösung der collegialischen Untergerichte in Justizämter besprochen. Über diesen Gegenstand ist kürzlich in Magdeburg unter dem Titel: Ein Wort über die Herstellung der Justizämter und deren Werth: Von einem practischen Juristen eine Flugschrift erschienen, deren Erscheinen der Verfasser unter anderm dadurch rechtfertigt, daß die Magdeburger Zeitung über diesen Gegenstand nur gegen Insertionsgebühren Artikel aufnehmen wolle. Der Verfasser erklärt sich entschieden für die neue Einrichtung, nach welcher die Collegialität übrigens nicht ganz aufgehoben, sondern für wichtigere Sachen beibehalten werden soll, zu deren Berathung und Entscheidung die, für andere Sachen zu Einzelrichtern ernannten, und in einzelne Orte der bisherigen Gerichtsbezirke versetzten, Mitglieder der Collegialgerichte periodisch an dem Wohnort des Dividenten versammelt werden sollen, dessen Revision und Controlle sie auch ferner unterworfen bleiben. Alle andern Sachen sollen sie selbstständig bearbeiten, und es sollen hieraus nach der Ansicht des Verfassers ungeheure Vortheile entspringen, welche alle anzuführen wir uns hier leider vertragen müssen. Wir heben als besonders merkwürdig

nur hervor, daß die Trennung der Mitglieder, die sich jetzt nur bei den Sitzungen zusammen finden, ein besseres collegialisches Verhältniß sichert, daß die einzelnen Orte, welchen Justizämter zu Theil werden, zum Dank für die ihnen dadurch zufließenden Vortheile auch ihren Einzelrichtern ordentliche Wege zum Ort der periodischen Zusammenkünfte anlegen, und so das allgemeine Beste befördern werden, daß endlich in diesen Sitzungen mehr Aufmerksamkeit auf die Vorträge der andern Mitglieder zu erwarten sein wird, als in den bisherigen; was alles dem Verfasser so klar ist, daß er gar keinen Beweis für nöthig zu halten scheint. Die Advocaten werden bei dieser neuen Einrichtung der Untergerichte in kleinern Städten und auf dem Lande, (auf die Untergerichte in großen Städten bezieht der neue Plan sich nicht) nach und nach aussterben, weil die jedem Gerichtsuntergebenen leicht zugänglichen Richter, der Inquisitionsmaxime des alten Processus gemäß, die Advocatur in sich vereinigen werden, auch werden die Richter, bei ihrer Kenntniß der Menschen und der Verhältnisse, den Gang der Rechtsangelegenheiten durch Berathung mit den Partheien fördern, die Gerechtigkeit milder oder strenger nach den Umständen — stets aber mit voller Wirkung, walten lassen, und mit einem Wort das nobile officium in seiner vollen Ausdehnung zur Geltung bringen können. Die Advocatur ist nach dem Verfasser überhaupt mit einer mehr patriarchalischen Gerichtsverfassung unverträglich, welcher, wie er meint, vielleicht späterhin die Polizeigewalt beigegeben werden dürfte. Hoffentlich ist der Verfasser der einzige preussische Jurist, der einen solchen Riesenrückschritt für möglich hält, wir haben wenigstens noch von keinem ähnliches gehört. — Das sind, fährt unser Verfasser fort, nachdem er den Wunsch ausgesprochen hat, daß das Fürsprecheramts künftig wieder aus Freundschaft oder als allgemeine Bürgerpflicht für einen persönlich zu erscheinenden verhandelnden oder des Beistands bedürftigen geübt werde, das sind die gesegneten Zeiten des alten Patriarchenthums, welche, wenn sie wieder heraufgezauert werden können, Eintracht und Frieden, Wohlfahrt und Glück rings verbreiten, und die Bande der Liebe und Treue an Vaterland und Herrscher inniger und fester knüpfen. Wir wissen leider nicht, ob der Verfasser hier das Patriarchenthum der heiligen Erzwäter des alten Testaments, oder die Periode vor der Völkerwanderung im Sinne hat, in welcher wir, nach seiner historischen Einleitung oder patriarchalischen Gerichtsbarkeit in ihrer ganzen Ausdehnung begegnen, welche jeder Hausvater unter Zugiehung der auf den Volksversammlungen erwählten Richter übte, und wobei der Priester die Vollmacht zur Züchtigung eines Kriegers von den Göttern erhielt. Das wissen wir aber, daß der Verfasser keine von diesen Perioden heraufzauern wird, da er überhaupt kein Herenmeister ist. Wenn er sich in seiner Schrift nicht selbst erniedrigt, nimmt er auch glücklicherweise keine hohe Stelle in der Justizparthei ein, und wird hoffentlich nie Einfluß auf die Justizrepressalien erlangen. Übrigens dürfen wir nicht verschweigen, daß er sich als Gegner der Patrimonialgerichte und als Freund der Öffentlichkeit und Mündlichkeit ankündigt, und an einer, allen gerechten Anseherungen entsprechenden, Reformation der Gerichtsverfassung nicht zu verzagen aufmuntert. Diese muß aber: nur deutsch, ächt deutsch durch und durch, nicht französisch oder gar englisch sein, dann wird sie uns nicht mehr fremd bleiben, sie wird unser eigen, unser Stolz sein, wir werden ihr mit ganzer Seele anhängen, und wir, wie unsere spätern Enkel, werden die Reformatoren segnen; so ruft der Verfasser am Schlusse wörtlich aus, wie Seite 23 nachzulesen ist. Wir können aber nicht von ihm schelden, ohne der schlagenden Bemerkung zu erwähnen, daß fast alle kleinen Städte ein historisches Recht auf den Besitz eines eigenen Gerichts erwerben haben, welches ihnen nach Seite 18 eine ergiebige Erwerbsquelle gewährt. Wir hätten nicht gedacht, daß das historische Recht zu so vielen Dingen nütze wäre, möchten aber



gern die Ansicht des Verfassers darüber wissen, wie es mit dem historischen Recht so vieler größern und kleinern incorporirten, mediatisirten u. s. w. Staaten beschaffen sei (*exempla sunt odiosa*), welche früher ihre eigene Regierungen hatten, und sich auf die den Städten Barby und Staßfurt im Magdeburgischen wieder verliehenen eigenen Gerichte vielleicht berufen möchten. Auch war uns bisher nicht bewußt, daß unsere Justiz noch den Nebenzweck hat, heruntergekommenen kleinen Städten wieder auf die Beine zu helfen. Dies und manches andere haben wir aus der Schrift des practischen Juristen von 23 Seiten gelernt, welche bei Emil Bänisch in Magdeburg 1846 erschienen, und für wenig Geld zu haben ist, deren Anschaffung wir daher allen Juristen anrathen.

(Aus dem Osnabrückischen, Ende Februar 46.) Geehrter Herr Redacteur! Das Januar-Heft Ihres Dampfbotes hat hier durch den darin enthaltenen "Beitrag zur Hannov. Bürokratie" gewaltigen Rumor verursacht. Nur Einer von den betreffenden Herren wird wahrscheinlich den Großmüthigen spielen und im Gefühle seiner Unschuld die Sache auf sich beruhen lassen, wie er denn sogar geäußert haben soll, er bedaure nur, daß in Melle keine Presse existire, sonst wolle er 200 Exemplare von dem erstgenannten Aufsatz in Ihrer Monatschrift abdrucken lassen, und sie unter's Volk vertheilen, damit dasselbe die "Dummheiten" zu lesen bekäme. Ja, es ist wirklich schlimm, daß sich in Melle keine Presse befindet; denn dann wäre, da das Volk sich im eigentlichen Sinne des Worts um den Aufsatz reiht, einem fühlbaren Mangel abgeholfen gewesen, und der Verfasser des Artikels wäre noch mehr beschämt worden, als jener Pasquillant, dessen Pasquill Friedrich der Große niedriger hängen ließ, damit es von den Leuten besser gesehen werden könne. Und eine solche Beschämung hätte der Verfasser wohl verdient; denn es heißt doch wirklich die "Dummheit" weit treiben, Jemandem Etwas zur Last legen zu wollen, was der pure Zufall so gefügt hat, wie dies unstreitig in der Geschichte mit der Mälerin und der Versekung des Herrn Amts-Äffessors v. d. D. der Fall gewesen ist. Wie wunderbar der Zufall spielt, mögen folgende Notizen noch mehr bestätigen.

Im vorigen Herbst wurde der erste oder rechnungsführende Leggemeister an der Legge zu Melle Alters halber pensionirt. Zu dieser Stelle nun meldete sich unter Andern auch der Kaufmann Brune zu Melle, der sich um die Leinen-Industrie in dortiger Gegend große Verdienste erworben hat und sich selbst viel mit der Leinenfabrikation beschäftigt. Sein Fabrikat hat auf der Gewerbeausstellung zu Hannover jedes Mal die ihm gebührende Würdigung gefunden und ist ihm zu dreien verschiedenen Malen die silberne Medaille zuerkannt worden. Auf der allgemeinen deutschen Industrie-Ausstellung zu Mainz im Jahre 1842, wo Brune der einzige Repräsentant der Hannov. Leinen-Industrie war, wurde die ausgezeichnete Qualität seiner Leinen rühmend hervorgehoben und ihm die bronzene Medaille verliehen. Es war daher auch nur Eine Stimme, daß der Kaufmann Brune wegen genauer Bekanntschaft mit der hiesigen Leinen-Industrie und wegen seines rühmlichen Eifers in Beförderung derselben sich besonders zu der Leggemeisterstelle in Melle qualifizierte, und wurde auch in diesem Sinne von dem Magistrate zu Melle und dem Herrn Amtmann Jacobi, damals erster Äffessor des Amts Gröningen, berichtet. Schon glaubte der Kaufmann Brune sich der schönsten Hoffnung überlassen zu dürfen, als es plötzlich hieß: "Der Leggegehülfe Hoffmann aus Winsen an der Luhe ist zum ersten Leggemeister an der Legge zu Melle ernannt worden." Eine schöne Anerkennung und Aufmunterung von Seiten der Regierung für den Kaufmann Brune!! Wäre es aber

nicht eine wahre "Dummheit," wenn man behaupten wollte, es müsse, weil der neue Leggemeister aus Winsen an der Luhe komme, der Herr Amtmann Keferslein mit im Spiele sein? Daß der genannte Hoffmann früher bei dem Herrn Amtmann Schreiber gewesen, ist gewiß reiner Zufall, und daß dieser sich persönlich für jenen um eine Wohnung in Melle bemüht hat, thut auch Nichts zur Sache. Ist es doch zu loben, wenn solche Herren sich später für das Fortkommen ihrer Schreiber, Domestiquen und anderen Untergebenen interessieren und ist es doch besser, als wenn sie, ungedenkt der früher von ihnen gehaltenen Dienste, solche ganz links liegen lassen. Auffallend bleibt es immerhin und muß ein eignes Zusammentreffen genannt werden, daß seit dem Aufenthalte des Herrn Amtmanns K. in Melle dort die Leute aus Winsen an der Luhe so heimisch werden, während man sonst in Melle das Winsen an der Luhe kaum dem Namen nach soll gekannt haben. Übrigens ist dem Herrn K. der Aufenthalt in Melle durch die fatale Publikation aller dieser Kleinigkeiten so verleidet, daß er nach seinem geliebten Winsen an der Luhe zurückkehren wird, wo ihm die erste Beamtenstelle verliehen ist. Wir wünschen ihm glückliche Reise. P.

Gleichzeitig gehen der Red. noch folgende Nachrichten über die in jenem Hefte ebenfalls erwähnte Verhaftung und Behandlung des Bürger Landwehr zu. Ein gewichtiger Beitrag für das Schuldregister des Inquisitionsprozesses, des geheimen Verfahrens, bei welchem solche empörende Thatsachen möglich sind! Freilich wird man sagen: das sind Mißbräuche der Amtsgewalt, die dem geheimen Verfahren nicht zur Last fallen. Aber ist es dann nicht dringend nöthig, ein Verfahren einzuführen, bei welchem solche Mißbräuche unmöglich sind? Kommen sie bei'm öffentlichen Verfahren je vor?  
Die Redaktion.

„Die Verhaftung fand nicht vor drei Jahren, sondern bereits im Jahre 1841 Anfangs September statt. Wenn ferner gesagt wird, man steckte den pp. L. als des Diebstahls verdächtig ins Gefängniß, so muß dagegen erwähnt werden, daß Landwehr, denn das ist der Name des Mannes, niemals den Grund seiner Verhaftung und den Namen seines Anklägers erfahren hat, und er bis jetzt noch nicht weiß, ob er als des Diebstahls verdächtig eingezogen sei. Am Tage nach der Verhaftung ist der Assessor J., den Landwehr um ein Verhör hat bitten lassen, ins Gefängniß gekommen, und hat ihn bloß gefragt, ob er von einem gewissen K. oder L. Leinen oder sonst etwas gekauft habe. Auf die Versicherung des Landwehr, daß er beide Menschen nicht einmal dem Namen nach kenne und also auch nie mit ihnen verkehrt habe, hat sich der Beamte entfernt. Dieselbe Frage und dieselbe Antwort ist am dritten Tage nach der Verhaftung auf der Gerichtsstube erfolgt. Ein weiteres Verhör hat erst am fünfzigsten Tage nach der Verhaftung stattgefunden bei dem Assessor W. von Jburg. Außer der Frage ob Landwehr den K. oder L. kenne, hat man jetzt noch gefragt, wie viel Fleisch und Butter Landwehr in seinem Haushalte brauche und von wem er mehrere ihm vorgezeigte Pretiosen erkaufte habe. Obgleich L. über Alles dieses gehörige Auskunft gab, hat man ihn doch noch 14 Tage im Gefängnisse gelassen, so daß also die Dauer der Haft nicht sieben Wochen, sondern 64 Tage beträgt. In den letzten 14 Tagen, in welchen der Assessor J. die Untersuchung führte, wurde Landwehr auf empörende Weise, durch Stößen mit Füßen, Schläge auf den entblößten Rücken, und Anschließen mit der Kette mißhandelt. Sind auch die Maale von den Mißhandlungen am Schienbeine und Rücken des Inquisten nicht mehr zu sehen, so sind darum die Mißhandlungen um nichts desto weniger vorgefallen. Daß sie nicht dem ganzen Amte, sondern nur dem Assessor G., gegen den die Klage deshalb noch nicht beendet ist, zur Last fallen, bedarf weiter keiner Erwähnung. Daß zwei Assessoren, die damals die Untersuchung leiteten, veretzt worden sind, ist gewiß, ob aber in Folge ihres Verhaltens in der Untersuchungssache wieder Landwehr, und ob mit Gehalts erhöhungs, dürfte schwerlich nachgewiesen werden können.“

Redacteur: Dr. Otto Lüning in Rheda.

Bielefeld. A. Helmich's Verlag. — Druck von J. D. Klüster, Witwe.



